

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch den Haupt-Expeditions-Bürostr. 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“ Neue Graßgasse Nr. 8 und Neue Graßgasse 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Kretschmer, Graßgasse 120, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 1,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5142
Postfach-Konto: Postfach-Unt 1 Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: In 10 Zeilen für geschäftliche Anzeigen am Sonntag 70 Pf. Siebenangebots 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Siebenangebots 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungsvermittlungen 7 Pf. Kleinanzeigen pro Wort 5 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis sonntags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bürost. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Reichsregierung ohne Mehrheit.

Abbruch der sozialpolitischen Ausschussverhandlungen. Die Mittelparteien müssen sich an die SPD. wenden.

Die Gemitterstimmung, die im Reichstag mit dem Kampf um den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge heraufgezogen ist, führte am Mittwoch im Sozialpolitischen wie im Haupt-Ausschuss zu scharfen Explosionen. Der Sozialpolitische Ausschuss hatte am Vormittag den Regierungsentwurf über die Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten zu beraten. Die Regierung hatte den Entwurf vorgelegt, obwohl das Plenum den sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der Bezugsdauer der Unterstützung bereits angenommen hatte. Die Sozialdemokratische Fraktion brachte verschiedene sachliche Anträge zu dem Entwurf ein, um so rasch wie möglich den Rechtsanspruch der Ausgesteuerten auf Fortzahlung der Erwerbslosenunterstützung sicherzustellen. Die Deutschnationalen, die an der rückwärtslosen Auslieferung der Ausgesteuerten an die Wohlfahrtspflege festhalten, brachten es fertig, trotzdem zusammen mit den Völkischen für den kommunistischen Antrag auf Verlängerung der Bezugsdauer der Unterstützung zu stimmen. Da selbstverständlich auch die Sozialdemokraten gemäß ihrer ganzen bisherigen Haltung dafür stimmten, erhielt der Antrag die Mehrheit des Ausschusses. Die Folge war, daß die Regierungsparteien sofort den Abbruch der Ausschussverhandlungen verlangten und auch durchsetzten. Nicht einmal eine neue Ausschussung wurde festgesetzt. Die Haltung der Regierungsparteien ist um so unverständlicher, als es sich bei dem Beschluß nicht wie bei der Erhöhung der Unterstützungssätze um finanzielle, sondern nur um die Anerkennung sozialpolitischer Grundätze handelt.

Im Hauptausschuss stand der erste und zweite Nachtrag zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums zur Beratung. Die Beratung wurde plötzlich abgebrochen, weil zwischen den Regierungsparteien erhebliche Differenzen entstanden. Der erste Nachtrag verlangt eine Reihe neuer Planstellungen für verschiedene Abteilungen des Ministeriums, insbesondere für die Luftabteilung. Das Zentrum lehnte die Bewilligung der neuen Stellen ab, da solche grundsätzlich nicht im Nachtragsetat angefordert werden dürfen. Die Deutsche Volkspartei setzte sich dagegen für die Bewilligung des Nachtragsetats ein. Genosse Stücken betonte, daß die Sozialdemokratie nicht päpstlicher als der Papst zu sein brauche und daher den Etat ablehne. Die Wirtschaftsparteier schlossen sich dem sozialdemokratischen Standpunkt an, die Demokraten dem des Zentrums. Die Deutschnationalen verlangten hierauf Abbruch der Verhandlungen. Spitze Nebenflügen zwischen den Regierungsparteien hinüber und herüber und schließlich vertagte sich der Ausschuss unter lebhafter Erregung bis auf weiteres.

Am Mittwoch nachmittag besetzte sich ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichsanzlers mit der politischen Lage. Anlaß hierzu gaben die letzten Vorgänge im Plenum des Reichstags und im Sozialpolitischen Ausschuss bei der Beratung von Erwerbslosenfragen. Es verlautet, daß sich diesen Besprechungen des Ministerrats zunächst bereits am Donnerstag unverbindliche Verhandlungen der Regierung mit der Sozialdemokratie anschließen sollen.

Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrats verhandelten die Führer der Regierungsparteien mit dem zuständigen Minister über die Fragen, die am Mittwoch im Sozialpolitischen Ausschuss und im Haushaltsausschuss zu den Konflikten geführt haben. Der Abgeordnete Esser (Ztr.) wurde von den Vertretern der Regierungsparteien als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses beauftragt, am Donnerstag mit der Sozialdemokratie hinsichtlich der Erwerbslosenprobleme Fühlung zu nehmen.

Der „Vorwärts“ schreibt heute: „Die Geduld, mit der Reichstag und Regierung dem Treiben der Deutschnationalen gegenübersehen, ist erstaunlich. Ihre Hilflosigkeit ist belagenswert. Man hat gestern sogar im Reichstage von einer Regierungskrise gesprochen. Krise hin, Krise her — eine Regierung, die vor dieser Deutschnationalen Partei davonläufige würde, womöglich, um ihr Platz zu machen, würde sich mit ewiger Schande bedecken. Während die Deutschnationalen Partei wie an die höchste Arbeit, sondern nur an Ministerstellen denkt, ist es bei der Sozialdemokratie gerade umgekehrt. Sie drängt sich nicht an die Futtertrappe, aber sie verlangt, daß der deutschnationalen Saboteur ein Ende gemacht und der Weg zur Lösung drängender Probleme wieder freigelegt wird. ... Auch Minderheitsregierungen können regieren. Aber sie können

nicht selbstherrlich regieren ohne Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Ein wenig Nachdenken über diese einfache Wahrheit könnte den Parteien der Mitte vielleicht manches Kopfzerbrechen über Koalitionspolitik ersparen.“

Die Terrorherrschaft in Italien.

Nach den letzten Nachrichten aus Italien sind die Lokale und Geschäftsräume aller oppositionellen Parteien geschlossen worden. Auch in Südtirol besetzte die italienische Polizei die Geschäftsräume der Tiroler Volkspartei mit der Begründung darauf, daß sie aufgelöst sei. Am Mittwoch ist das Abgeordnetenmandat der 124 ausgeschlossenen Abgeordneten der Opposition erloschen, womit ihnen der Anspruch auf Stäten und freie Eisenbahnfahrt entzogen wurde. Aus ganz Italien mehrten sich die Nachrichten von wüsten Terrorakten des Faschismus. In Tirol wurden auch die deutschen Turnvereine für aufgelöst erklärt. Der bisherige Sekretär der katholischen Volkspartei, der Abgeordnete Di Gaspari, der zum Faschismus übergetreten ist, erhielt ein Telegramm eines faschistischen Abgeordneten, in dem ihm angekündigt wird: „Ihre Belehrung war so glaubwürdig, daß ich mir vornehme, Ihnen bei der ersten Gelegenheit eine Tracht Knautschellen zu verabsolgen.“

Preussische Verbesserungsvorschläge zum Schundgesetz.

Das preussische Staatsministerium hat sich gestern auf Ersuchen des Ministers für Volksbildung, Dr. Becker, noch einmal mit dem Schund- und Schundgesetz beschäftigt und ist dabei, laut „Voss. Ztg.“, zu folgendem Schluß gekommen:

Das preussische Staatsministerium hält an den Landesprüfstellen fest; aber es will, daß diese Landesprüfstellen nur eine vorläufige Entscheidung treffen und die Entscheidungen nur für das betreffende Land Geltung hatten. Nur wenn von der Landesprüfstelle ein Verbot ausgesprochen wird, soll sich die Reichsprüfstelle mit der Überprüfung des Falles beschäftigen dürfen. Die Entscheidung der Reichsprüfstelle soll dann endgültig sein und für das ganze Reich gelten. Diese Vorschläge sind dem Reichsinnenminister Dr. Kütz zugeleitet worden. (Mit Annahme dieser Aenderung wäre eine wesentliche Verbesserung an dem vor allen bürgerlichen Reichstagsabgeordneten mit Einschluß des Demokraten Dr. Heuß gebilligten, von allen Vertretern des Geisteslebens aber in Uebereinstimmung mit der SPD. verurteilten Schundgesetzentwurf erreicht. Red.)

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Wie die „Volkswacht“ für die Oberlausitz“ meldet, haben Landesinstanzen und Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Sachsens folgendes beschlossen: Die Sozialdemokratische Partei Sachsens bekundet ihren ernsthaften Willen, den Versuch zur Bildung einer sozialistischen Regierung zu machen und wird als stärkste Partei des Landtags die Initiative ergreifen, indem sie erstens ein Regierungsprogramm aufstellen, zweitens einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen wird. (Wenn Kommunisten und „Mittelsozialisten“ unsere Partei unterstützen würden, wäre bekanntlich eine Mehrheit für diesen Vorschlag vorhanden. Red.)

Löbe im Reichstag für Niederschlesien.

Neue Reichswehrdebatte.

Die gestrige Reichstagsitzung, die formal der Beratung des Nachtragsetats galt, brachte sachlich zwei wichtige Momente: eine Ministererklärung und eine Abgeordnetenrede förderten das vorgestern von dem deutschnationalen Abg. v. Lindeiner mit bemerkenswerter Nervosität beherrschte Problem der Reichswehrreform, und dieselbe Abgeordnetenrede brachte dann zum ersten Male eine wirkungsvolle Vertretung der Interessen der vernachlässigten Provinz Niederschlesien vor dem Plenum des Reichstages.

Die Ministererklärung gab Dr. Gessler ab, bei dem sich zum ersten Male im Falle Seekt Anlässe einer früher bei ihm nicht feststellbaren Erscheinung zeigen, die man geradezu als Rückgrat ansprechen muß. Es kann freilich zweifelhaft bleiben, ob diese Anlässe entwicklungs-fähig sind. Von den bürgerlichen Regierungsparteien wird man dabei einstweilen nicht allzu viel Förderung zu erwarten haben, wenn gestern einer ihrer Sprecher die ganzen Enthüllungen über die Schwarze Reichswehr im Landsberger Prozeß als historische und erledigte Dinge wieder zu vertuschen sucht. Auch Gessler hat ja außerhalb des Parlaments inzwischen bereits wieder ähnliche Winkelzüge versucht.

Die Abgeordnetenrede, die dann das Reichswehrproblem dort paktete, wo eine wirkliche Reform ansetzen kann, nämlich bei der Auswahl für die Neueinstellungen, hielt unser Genosse Löbe, der diesen Kampf ja in den Spalten der „Volkswacht“ begonnen hat, wie er einst, als einer der ersten unter uns, auch der von Spartacus einseitig abgedrängten Reichswehrpolitik Rostes entgegen. Während diese Frage aber gestern noch nicht zu irgendwelchen Entscheidungen geführt werden konnte, wird hoffentlich von unmittelbarer Wirkung bereits in den nächsten Wochen Löbes nachdrücklicher Hinweis auf die durch Verkehrsverschlechterungen der Reichsbahn und polnischen Zollkrieg verursachte schwere Not Breslaus und Niederschlesiens sein. Dieser Vorstoß fiel schon durch seine geschäftsordnungsmäßige Neuartigkeit außerhalb der eigentlichen Fraktionsreden und das Auftreten des Reichstagspräsidenten als Abgeordneten auf. Inhaltlich haben wir ihm nichts hinzuzufügen, und nur den Wunsch auszusprechen, daß die gestrigen abgeschlossenen Beratungen des Ausschusses über deren Verlauf wir noch einen Bericht bringen, bald zu entsprechenden Beschlüssen auch des entscheidenden Haushaltsausschusses in Gestalt vermehrter sozialpolitischer und kulturpolitischer Zusätze für unsere vernachlässigte Provinz führen. Darüber hinaus aber sollten auch die deutschen Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen neben den eigen-

jüchtigen Stimmen der großagrarischen und schwerindustriellen Interessenten diese ernsten Hinweise auf die Folgen der Abperrung Schlesiens vom größten und wichtigsten östlichen Nachbarland beachten! —m.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Löbe eröffnet. Die beiden von den Kommunisten und den Völkischen eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Das Haus geht dann die Beratung des zweiten Nachtragsetats fort. Das Wort nimmt zunächst

Reichswehrminister Dr. Gessler.

der sich gegen die deutschnationalen Vorwürfe wegen der Entlassung des Generals von Seekt wendet. Die Entlassung des Hohenjollerprinzen in die Reichswehr habe gegen die Erklärungen verstoßen, die er an den Reichstag abgegeben habe. Dieser Prinz, der doch als Kronprinzentand angehen werde, sei in verfassungswidriger und ungesetzlicher Weise in die Reichswehr eingestellt worden und General Seekt sei dafür verantwortlich gewesen. Eine solche Handlung erwäre die Politik, die eine Beseitigung der Militärkontrolle erstrebe. Die Entlassung Seekts sei kein Ausfluß der Starsinnigkeit, sondern ein Akt der Staatsraison gewesen. Bei dem Ausscheiden des Generals von Seekt sei anerkannt worden, daß er in der schwersten Zeit an der Festigung des Staates mitgearbeitet habe und es sei dem Minister schwer gefallen, sich von ihm zu trennen. Aber in der Frage der Staatsraison habe er nicht nachgeben dürfen. Der Übergang habe sich ohne Schwierigkeiten vollzogen, und das sei ein Beweis dafür, wie festgefügt die Reichswehr da stehe. Der neue Chef der Heeresleitung, General Heye, werde sich hüten müssen vor falschen Freunden und dazu gehöre Herr v. Lindeiner. (Heiterkeit, Beifall in der Mitte.)

Abg. Erling (Ztr.) erklärt zu dem sozialdemokratischen Antrag auf dauernde Verweigerung des früheren Kaisers: Wir haben dem Kaiser keine Steine nachgeworfen, als er ins Ausland ging. Wir haben ritterlicher gehandelt als er. Er wußt bei uns auf kein Verhängnis, wenn er in seinem Tagebuch dem Zentrum vorwirft, es fehle ihm ein konsequentes Programm für nationale Politik. Diese verletzenden Neuzugungen zeigen, wie wenig Empfinden er für die wahrhaft staatspolitische Stimmung weiter Kreise des Volkes hat. Das Fürstentumpergesetz muß verlängert werden, damit in den anderen Ländern, außer Preußen, inzwischen eine Bereinigung erfolgen kann. Unberechtigte Forderungen der Fürstentümer müssen entfallen abgelehnt werden.

Der Redner bedauert dann die unklaren Mehrheitsverhältnisse im Reichstage. Die Weimarer Verfassung müsse ausgebaut werden. Durch eine Wahlreform müsse der Wähler in engere Fühlung zum Abgeordneten gebracht werden. Die Deutschnationalen streben nach Ministerstellen. Wenn sie die Erwerbslosen aber parteipolitisch behandelten, sei das ein Hohn auf die Not des Volkes. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Creutz (D. Vp.) lehnt die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zur Fürstenfrage ab. Gegenüber der Behauptung der Deutschnationalen, dem General Seekt sei Unrecht geschehen, weist der Redner darauf hin, er selbst habe anerkannt, daß die politische Folge des bedauerlichen Zwischenfalls nicht anders ausgefallen konnte. Es habe sich dabei doch auch um einen Willensakt des Reichspräsidenten gehandelt. Die jetzt in Landesherrn erklärten Zustände seien nicht mehr aktuell (?).

Gegen die öffentliche Hand.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die Zentralverbände der Industrie, Versicherungs- und Bankgewerbes, des Handwerks, der Landwirtschaft und des Handels veranstalteten am Mittwoch die seit längerer Zeit angekündigte Kundgebung gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben. Es sprachen unter anderem Geheimrat Duisberg vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Generaldirektor Löffler von der Handelskammer Stettin, der Textilindustrielle Abraham Frowein-Eberfeld, Klempnermeister Dexlien vom Reichsverband des deutschen Handwerks, Bankdirektor Mosler, Kommerzienrat Ravené und Freiherr von Kerkerind zur Borg, Präsident der Deutschen Bauernvereine. Die Versammelten nahmen eine Kundgebung an, die in folgenden Sätzen gipfelte: „Das Privateigentum muß die unantastbare Grundlage der Wirtschaft bleiben. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Privatwirtschaft darf nicht weiter dadurch gefährdet werden, daß Unternehmen, die unmittelbar oder mittelbar vom Reich, Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden betrieben werden, mit dem Privatgewerbebetriebe des gleichen Erwerbszweiges in Wettbewerb treten.“

Es gab einmal eine Zeit, in der der Privatkapitalismus die Unternehmungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden als höchst minderwertig und rückständig mit einem Lächeln des Mitleids betrachtete. Für ihn war es ausgemachte Sache, daß nur er und nicht der Staat wirtschaften könne. Man denke nur daran, daß Hugo Stinnes seinerzeit, ohne dem Kluch der Gächellichkeit anheim zu fallen, den Aufkauf der deutschen Reichseisenbahn vorschlugen konnte, um sie privatkapitalistisch nach bewährten Methoden zu „sanieren“. Die verschiedenen bürgerlichen Regierungen haben in der Deutschen Republik für die privatwirtschaftlichen Unternehmungen zweifellos immer mehr übrig gelassen, als für die Staatsbetriebe. Das beweist die Geschichte der Industrieunterstützungen (Subventionen) der letzten Jahre, die wirklich kein Ruhmesblatt für den deutschen Privatkapitalismus darstellen.

Gegenüber dem Sturm auf des deutschen Privatkapitalismus gegen die öffentliche Hand haben wir zu betonen, daß der Staat von heute auf keine Betätigung im Wirtschaftsleben nicht verzichten darf und kann. Die privatwirtschaftliche Elektroindustrie wehrt sich z. B. gegen das Eindringen Preußens in die rentablen Versorgungsgebiete im Westen. Sie hat aber nichts dagegen, daß der preussische Staat die sich kaum lohnende Versorgung in den menschenarmen Gebieten Ostpreußens und Hannovers übernimmt. Die ganze Verneinung des gemeinwirtschaftlichen Gedankens durch die Privatindustrie läuft ja darauf hinaus, daß die Privatindustrie für sich die fetten Dividenden referieren möchte, während man dem Vater Staat mit seinen Unternehmungen gnädigst die naturgemäß mit Verlusten verknüpfte Erfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben überlassen möchte. Man wirft dem Staat sogar die Enteignung von Grund und Boden usw. als unfaires Mittel im Wirtschaftskampf vor. Selbst aber enteignet man, durch Majoritätskäufe usw., die oftmals mit einer gesunden Wirtschaftsführung nichts mehr zu tun haben und ein Hohn auf den am Mittwoch so sehr in den Himmel gehobenen unantastbaren Grundsatz des Eigentums sind, nach Guldünken und Belieben. Allerdings nicht im Interesse der Wirtschaft und der Allgemeinheit, sondern im Interesse der Lantime und der Dividende.

Wir können es uns denken, daß die Privatindustrie die Betriebe der öffentlichen Hand heute als Wettbewerb fürchtet, und wissen, daß die Unternehmungen des Staats und der Gemeinden bei manchen Erwerbsgesellschaften die Dividendenlegen schon ein bißchen „vermässelt“ haben. Darum ist es schon erklärlich, daß die deutsche Privatindustrie anstatt eines Staates, der seine Gesamtwirtschaft nach Kräften fördert und vorwärts bringt, lieber mit einem solchen zu tun hätte, der unverdrossen auf Kosten der Steuerzahler Industrie-Subventionen zahlt. Und wenn man die ganze Kundgebung vom Mittwoch auf eine Formel bringt, kann es nur die sein: der Staat soll nicht wirtschaften, sondern an faule Industrien Unterstühtungen zahlen! Mit Staunen wird man im Lande von dem neuen Schritt der Zentralverbände des deutschen Unternehmertums Kenntnis nehmen und wird sich über die in Dresden so stark unterstrichene Staatsbejahung so keine eigenen Gedanken machen.

Ein preussischer Städtebau-Gesetzentwurf.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Landtag jetzt den Entwurf eines Städtebaugesetzes überhandt, das in neun Abschnitten mit 161 Paragraphen die städtebauliche Entwicklung der Gemeinden vorausschauend ordnend soll. Der Staatsrat hat gegen mehrere Abschnitte und eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfs Bedenken erhoben, denen das Staatsministerium aber nicht beigetreten ist.

In der Begründung der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß das für den gegenwärtigen Städtebau noch hauptsächlich maßgebende Baufluchtliniengesetz besonders in zweifacher Hinsicht veraltet erscheint: 1. muß mehr als bisher betont werden, daß der Städtebau eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, und daß die Arbeit der Privatunternehmer sich ihrem Plane unter allen Umständen einzugliedern hat; 2. ist es notwendig, besser man das Bauen gestaltet, sich zunächst darüber klar zu werden, welche Flächen unbebaut zu bleiben haben. Das Durchsichtswesen von Bergbau, Industrie, Verkehr und der Behausungsmittelpunkten verlangt ferner in vielen Teilen des Landes nach einer auf sorgfältigem Studium aufgebauten einheitlichen Planung, insbesondere des Verkehrs. Auch ergab sich in Verbindung mit dem Hamburger Pläne auf Erweiterung des Seebahns und Gebietsabteilungen Preussens die Notwendigkeit, dem ziellosen Durcheinanderwachen der preussischen Unterabgemeinden und der Stadt Hamburg ein Ende zu bereiten. Den Verfassungen der Reichsausschusses des Internationalen Kongresses für Städtebau und Siedlungswesen in Amsterdam im Jahre 1924 hat der Gesetzentwurf im wesentlichen Rechnung getragen. Diese Forderungen sind zum andern zum Ausdruck, daß ein unbeschränktes Anwachsen der Großstädte nicht erwünscht ist und daß die Ueberland-

Der Landtag lehnt das Mißtrauensvotum gegen Erzseinski ab.

Die Kommunisten enthalten sich. — Hochwasserdebatte. Gegen den Reichsvereinsgesetz-Entwurf von Dr. Ritz.

Der Preussische Landtag beriet gestern eine Reihe von Anträgen über Hilfeleistung für die Hochwasser-geschädigten.

Abg. Winterfeld (Dnat.) bebauert die Ablehnung der weitergehenden deutschnationalen Unterstützungsanträge.

Abg. Ritz (Komm.) erklärt, daß auch bei diesen Unterstützungen die kleinen Leute wieder zu schlecht wegkommen seien. Im Kreise Neu-Ruppin habe der Landbund verbreitet, daß nur bei Unterstützung bekommen könne, der sich zur fünfjährigen Mitgliedschaft im Landbund verpflichtete.

Abg. Peters-Hochdom (Soz.):

Herr v. Winterfeld sollte doch wissen, daß die Grundstücke, nach denen sich die Unterstützungspflicht in Kollfällen zwischen Staat, Provinz und Kreis verteilt, noch aus der Zeit der konservativen Regierungen stammen. Das gegenwärtige Staatsministerium hat über diese Grundstücke hinaus wiederholt die durch Umfälle besonders schwer betroffenen Kreise außerordentliche Zuwendungen gemacht. Die Deutschnationalen Steuererhöhungen haben der preussischen Regierung alle Steuern verweigert und damit auch die Mittel, die notwendig sind, um im entscheidenden Augenblick einzugreifen, um akute Notstände abzumachen. Damit haben die Rechtsparteien überhaupt das Recht verweigert, der Regierung ungenügende finanzielle Aufwendungen vorzuwerfen. Die Hauptlast bleibt, dergleichen Katastrophen vorzubeugen. Auf diesem Gebiet liegen große Sünden der Vergangenheit vor, sowohl auf Seiten der früheren Regierungen, wie bei den Interessenten selbst. Wir hoffen, daß in dem Erwerbslosenprogramm des Preussischen Staatsministeriums umfangreiche Flußregulierungen und Eindeichungsarbeiten mit aufgenommen sind. Die Anträge der Deutschnationalen sind rein schematisch, demagogisch und unannehmbar. Sie fordern generell einen zinslosen Kredit von 80 Mark für den Hektar Stoppelfläche ohne jede Rücksicht auf den wirklich angerichteten Schaden und die Lage des Eigentümers. Sie fordern Erlass aller Steuern und Nieder-schlagung aller Steuerrückstände ohne jede Prüfung, ob es im Einzelfall nötig ist. Wenn z. B. einem großen Besitzer mit 1000 Hektar Land irgendwo 100 Morgen überflutet worden sind, sollte er keine Steuern mehr zu zahlen brauchen und für die Beschaffung von Saatgetreide und Futtermitteln zinslosen Staatskredit erhalten. Demgegenüber hat der Hauptausfluß beschließen, und wir halten daran fest, daß die Hilfe soweit gewährt wird, wie sie zur Erhaltung der Ernting der Hochwasser-geschädigten nötig ist. Auch sollte die Reichseisenbahn für freiwillige Leistungen nach den Notstandsgebieten Frachtfreiheit bewilligen, wie wir überhaupt vom Reiche verlangen müssen, daß es Mittel zur Hilfe bereitstellt, wenn Mitleid über ihre Mäx treten, die in der Verwaltung des Reiches stehen. Das Preussische Staatsministerium hat den Hochwasser-geschädigten nach besten Kräften geholfen und wird uns bereit finden, alle Maßnahmen zu unterstützen, um die Wiederholung solcher Katastrophen zu verhüten. (Bravo! links.)

Nach längerer Debatte werden die Anträge des Hauptausflusses angenommen, die deutschnationalen Anträge an den Hauptausfluß zurückgewiesen.

Es folgt die Abstimmung über das deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Erzseinski.

Abg. Bied (Komm.) gibt namens der kommunistischen Fraktion die Erklärung ab, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen wird. Die Deutschnationalen wollten dem Innenminister ein Mißtrauensvotum aus-

pläne die Ueberbedeckung ganzer Bezirke mit zusammenhängenden Bebauungsplänen verhindern sollen. Das Gesetz soll ohne Einschränkung für das gesamte Staatsgebiet gelten; es findet seine Wirksamkeit an den Grenzen des Preussischen Staates und durch die Zuständigkeiten des Reiches in Eisenbahn- und Wasserstraßen-wesen naturgemäß beengt. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß Preußen mit seinem Städtebaugesetz nicht bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes warten könne. Für die Gemeinden dürfe nicht mehr das Baufluchtliniengesetz und für die Reichsbahn das Eisenbahngesetz maßgebend sein, sondern ein Städtebaugesetz und ein einheitlicher Wille für alle für die Lösung des Problems verantwortlichen Stellen.

Träger der städtebaulichen Entwicklung sollen nach wie vor die größeren Gemeinden selbst sein, in einer gewissen Einschränkung auch die Landkreise. Durch die Einführung der Flächen-aufteilungspläne stellt das Gesetz die Ortsplanung auf eine vollkommen neue geschichtliche Grundlage und ermöglicht eine über die Gemeinde hinausgehende Planung. Zum Schluß wird betont, daß gerade die jetzige wirtschaftliche Depression die Eindringung des Gesetzentwurfes notwendig macht.

Bedenkliche Einschränkung der Beweis-aufnahme im Ruffiner Fememordprozeß.

Landesberg, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Am dritten Verhandlungstag des Landesberger Fememordprozesses verkündete der Vorsitzende zunächst den Beschluß des Gerichts, daß die von dem Vertreter des Nebenklägers gestellten Anträge auf Vernehmung weiterer Zeugen abgelehnt worden sind, weil sie über den Rahmen des Rechts des Nebenklägers hinausgehen. Das Gericht werde nur Fragen gestatten, die sich auf vorläufige Körperverletzung und Anstiftung beziehen.

Bei der anschließenden weiteren Vernehmung des Zeugen Stantien kam es dann zu einem Zusammenstoß zwischen dem Gericht und den Vertretern des Nebenklägers. Als Rechtsanwält Dr. Löwenthal an den Zeugen die Frage richtete: Sind Sie Leiter einer Autoreparaturwerkstatt zur Beteiligung der Erlernungszeit der Wagen der Fememörder gewesen, beauftragte der Zeuge diese Frage und der Vorsitzende erklärte: Was hat das mit der Körperverletzung zu tun? — Dr. Löwenthal: Mit der Körperverletzung nichts, aber mit dem Fememord allgemein, zu denen auch diese Körperverletzung gehört. — Vorsitzender: Ich verlange auch eine Erklärung von Dr. Löwenthal, ob er gewillt ist, alles streng auszuhalten, was nicht mit der Körperverletzung im Zusammenhang steht. — Dr. Löwenthal: Zu einer solchen Erklärung bin ich nicht verpflichtet. — Vorsitzender: Eine Verpflichtung besteht allerdings nicht, aber Sie müssen den Standpunkt des Gerichts nicht achten, sonst muß ich von den Nachmitteln des Gerichts Gebrauch machen. — Dr. Löwenthal (schr. erregt): Ich schau mich nicht vor der Gewalt, weil Gewalt vor dem Gesetz n. E. nicht besteht. Wenn mir als Verteidiger in meiner Rolle Gewalt angedroht wird, die vielleicht durch Polizei ausgeübt werden soll, so bitte ich, mir zu versetzen, wenn ich jetzt erregt werde, denn ich bin Verteidiger und für mich besteht unter Ehrengesicht. — Vorsitzender: Das Gericht hat ganz klar seinen Standpunkt formuliert. Es hat gesagt, Sie sollen sich auf das Beschränkte, was die Körperverletzung angeht und die Anstiftung dazu. Da brauchen wir alles das, was etwa in anderen Verfahren gegen Schulz Luft nicht. Sie sollen nur die Erklärung abgeben, daß Sie sich dem Beschluß des Gerichts fügen.

Darauf hat Dr. Löwenthal um eine Pause, um sich mit seinem Kollegen Dr. Falkenfeld zu beraten. Nach halbfrühlicher Beratung erklärte Dr. Löwenthal: Wir können uns dem Beschluß des Gerichts nicht fügen, weil er im Widerspruch zu dem Sitzprozeßordnung steht. — Vorsitzender: Dann entziehe ich ihnen das Wort, bis Sie sich fügen. — Dr. Löwenthal: Man

stellen, weil er ihrer Sache gegen den roten Frontkämpferbund nicht nachgegeben habe. Da sie einen noch härteren Polizeikampf gegen die Kommunisten wollten, könnten diese nicht für das Mißtrauensvotum stimmen obwohl sie die gesamte Politik der Staatsregierung verurteilten.

Der Mißtrauensantrag wird unter dem Beifall der Regierungsparteien mit 211 gegen 172 Stimmen abgelehnt. Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrages auf Stellungnahme des Landtages gegen das Reichsvereinsgesetz.

Abg. Bied (Komm.) bezieht über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses, der den kommunistischen Antrag abgelehnt hat.

Abg. Martwald (Soz.):

Die Annahme des kommunistischen Antrages bedeutet keine Unterstützung des Kampfes gegen den Gesetzentwurf. Die Novelle ist ein Attentat auf die Versammlungs-freiheit. Wenn sie Gesetz wird, ist das Versammlungsrecht mehr eingeschränkt als vor dem Kriege. Polizei und Staatsanwälte werden damit Machtmittel in die Hand gegeben, die jeder Willkür Tor und Tür öffnen. Der neue Entwurf ist schlimmer als das reaktionäre Willkürige Vereinsgesetz.

Nach dem Entwurf können Verbote ausgesprochen werden, wenn Vereinsmitglieder bei Unzulässigen strafbare Handlungen begehen; dazu gehört auch grober Unfug. Auch Personenverbindungen können aufgehoben werden, die, ohne sich strafbar zu machen, in den Aufgabenkreis von behördlichen Instanzen unbefugt eingreifen. Zu den Aufgaben der Polizei gehört auch der Versammlungsschutz. Diese Bestimmung richtete sich also gegen den Ordnungsdienst, den verschiedene Parteien zum Schutz der eigenen Versammlungen gegen Störungen eingerichtet haben. Nach dem alten Vereinsgesetz wurde derjenige, der einen aufgelösten Verein fortsetzte, mit 150 Mark Geldbuße bestraft. Nach dem Entwurf kann ein solcher Mißfakt künftig mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark bestraft werden. Solche Bestimmungen sind proteal. — Zu den Aufhebungsgründen gehört auch das öffentliche Anreizen zum Verbrechen. Aber nur die Erörterung solcher Anträge, nicht etwa ihre Einbringung, ist Aufhebungsgrund. Sollte also Prinz Oskar in einer Versammlung den Antrag stellen, Stresemann umzubringen, so ist das an sich kein Aufhebungsgrund. Aber eine entwürdigte Stellungnahme dazu würde als Aufhebungsgrund gelten.

Ungeheuerlich ist auch die Bestimmung, Satzungen und Statuten den Behörden mitzuteilen. Was soll eigentlich durch solche schändliche Maßnahmen erreicht werden? Versammlungen unter freiem Himmel sollen künftig 48 Stunden vorher angemeldet werden. Vor dem Kriege genügten 24 Stunden. Künftig müßte danach jede Demonstration, jeder Umzug kleinerer Trupps, die sich zusammengefunden haben, sofort gewaltfam gestoppt werden.

Da die Entscheidung über dieses Reichsgesetz im Reichstag fällt, sind wir gegen eine nochmalige Zurückverweisung des schon einmal abgelehnten Antrags an den Ausschuß. Die Annahme des Gesetzes würde den Klassenkampf nicht verhindern, sondern höchstens seine Formen verhängen. Ich bin ermüdet, zu erklären, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie den Entwurf auf das schärfste bekämpfen wird.

Der kommunistische Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß wird abgelehnt. Danach vertagt sich das Haus auf Donnerstag mittag. Tagesordnung: Städtebaugesetz.

will uns die Möglichkeit nehmen, unsere Rechte so auszuüben, wie wir sie verstehen. Wir sind deshalb nicht mehr in der Lage, die Vertretung des Nebenklägers weiterzuführen. Nachdem uns Gewalt angedroht ist, die nur in unzulässiger polizeilicher Hilfe bestehen kann, halte ich es als deutscher Anwalt für unter meiner Würde, an diesem Verfahren weiter mitzuwirken und lege die Vertretung des Nebenklägers nieder. — Vorsitzender: Von Gewalt durch Polizei war nicht die Rede. — Dr. Falkenfeld: Das Gericht hat beschlossen, daß alle Fragen, die auf eine Gemeinlich hinweisen, abgelehnt werden. Das war gerade unser Hauptberuf, und wir haben geglaubt, im Interesse des gesamten deutschen Volkes zu handeln, wenn wir eine Aufklärung in der Öffentlichkeit herbeiführen. Da uns das verweigert wird, lege ich ebenfalls die Vertretung des Nebenklägers nieder. — Vorsitzender: Ich nehme das zur Kenntnis.

Darauf wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Zeuge Feldweber Kentsch erklärte, schon bei der Anwerbung durch den Kreisoffizier Appelt sei ihm gesagt worden: Unbedingt muß halten, sonst... Es sei die Gebärde des Halsabschneidens erfolgt. Der Zeuge hat das zunächst für in der Ordnung gehalten. Mit Ameraden habe er darüber nicht gesprochen, weil einer vor dem anderen nicht sicher gewesen sei. Bei der Einstellung habe Oberleutnant Schulz dem Zeugen erklärt, er solle Spitzelarbeiten in der Truppe leisten. In der Kantine des U. A. habe große Aufregung geherrscht, als Klapproth dort geäußert hätte, es sei ein Leichtes, einen Menschen durch zwei Schüsse in den Hinterkopf um die Ecke zu bringen. Für die Ueberwachungstätigkeit bekam Kentsch eine kleine Zulage. Glaser, der im Falle Bied nach Müllrose nachgehakt worden ist, habe gefragt, ob man Bied da nicht gleich umlegen könne. — Zeuge Feldmann bekundet, in Potsdam habe man allgemein davon gesprochen, daß Bülshing und Klapproth ein Kommando bildeten. Der Zeuge ist seinerzeit selbst verprügelt worden, ohne den Grund hierfür zu erfahren. Bei einem Zusammenreffen mit Klapproth hat dieser dem Zeugen gesagt: Einen Unzuverlässigen zu beseitigen, sei sehr einfach, man lasse den Mann vorangehen, zwei Schüsse in den Hinterkopf, und er sei erledigt.

Zeuge Schmidt, genannt Halbshuß, erklärte zunächst, bis vor einer Stunde hätte er aussagen können, jetzt habe er kein Material an Gädde gesehen. Auf die Frage der Verteidigung, wo er das Material her hätte, verweigerte er die Aussage, um sich nicht strafbar zu machen. — Vorsitzender: Hauptächlich auf Ihre Behauptung hin sieht Oberleutnant Schulz seit 20 Monaten in Untersuchungshaft. Sie haben immer gesagt, positives Unterlagen dafür in der Hand zu haben, daß Oberleutnant Schulz Leiter der Feme sei. Was haben Sie nun für Unterlagen? — Zeuge Schmidt: Diese Unterlagen habe ich nicht mehr. Ich habe diese Dinge größtenteils gehört von Klapproth, Fahrenberg und Wähling, mit denen ich in einem besonderen Vertrauensverhältnis stand. Feldweber umruhrte sagte mir einmal, ich solle zum Schein mit Wilhelm zum Maschinengewehrklub fahren und ihm dort umbringen. — Vorsitzender: Haben Sie den Befehl ausgeführt? — Zeuge Schmidt: Nein, aber hätte ich das tun wollen, was der Hauptgehilfe. — Vorsitzender: Hat Schulz einen Befehl gegeben? — Zeuge Schmidt: Nein, aber mein Befehl war nur ein Befehl für Schulz. — Vorsitzender: Heute, wo Sie unter Ihrem Eide vor dem Gericht stehen, können Sie nicht im geringsten Beweise für Ihre Behauptungen bringen. — Zeuge Schmidt: Ich wollte mein Material dem Gericht übergeben. Schließlich erklärte Schmidt, selbst einen gewissen Befehl als Führer eines Hochverratskommandos zu haben, er habe ihn aber nicht ausgeführt, weil ihm die Bedingungen zu unzulässig gewesen seien. — Dem nächsten Zeugen von Albert, ist ein direkter Befehl zur Bekämpfung eines Angehörigen des Arbeiterverbandes durch Schulz nicht bekannt. Schulz habe ihm allerdings bei seinem Eintritt im August 1922 auseinandergesetzt, daß die Mitglieder nur hingerichtet werden könne, wenn Betrüger handgreiflich erfaßt werden.

Die Beweisaufnahme wurde schließlich abgeschlossen und die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Baumwollwaren

gute Qualitäten zu billigsten Preisen

Seitige Bettwäsche
Weisse Bezüge mit 2 Kissen, evtl. haltbare Wäschezeuge 4.60
Weisse Bezüge mit 2 Kissen aus gutem Linnon 7.80
Wallis-Bezüge mit 2 Kissen, solide, haltbare Qualität 12.50
Damast-Bezüge mit 2 Kissen, bei schönem Qualität 14.80
Gestickte Bezüge mit 2 Kissen, Deckbett und 1 Kissen bestickt 12.00
Bunte Bezüge mit 2 Kissen, haltbare, gute Züchtung 6.50
Inlett-Bezüge mit 2 Kissen, gute Körperware 11.80
Inlett-Bezüge mit 2 Kissen, echtfarbig und jederdicht 16.20
Einzelne Kissenbezüge 0.90
Kissen mit Hohlraum aus gut. Linnon 1.80
Deckbettbezüge 6.60, 5.90, 5.30, 4.70, 3.80, 3.20 3.10
Bettlaken 140/200 1.95

Wäschezeuge 80 cm breit, nur gut. solld. Qual. 1.00, 0.90, 0.80, 0.70, 0.60, 0.50 0.45
Linnon 80 cm breit 0.90, 0.85, 0.75 0.60
 für Bezüge bewährte Qualitäten, 130 cm breit 1.05
Wallis 80 cm breit 0.95
 schöne, haltbare Ware 1.75
 130 cm breit 1.75
Züchtung 80 cm breit 0.90, 0.75 0.65
 exproble Qualitäten in vielen Dessins, 130 cm breit 1.10
Inletts 80 cm breit 1.10
 feste Körper-Ware 1.75
 130 cm breit 1.75
1 Kissenposten Handtücher
 nur beste, exproble Fabrikate
 grau gestreift, weiß mit bunt gestreift, weiß mit bunter Kante 0.42, 0.60, 0.58, 0.55, 0.52, 0.48 0.40
Servientorhandtücher 0.55, 0.42, 0.35 0.30
Damast-Handtücher weiß geblickt 1.20, 1.00, 0.90 0.85
Staubtücher 0.50, 0.28, 0.25, 0.20 0.15
Gute Taschentücher
 sehr billig!
Weisse Linnon-Taschentücher mit bunten Karos Stück 0.12
Weisse Linnon-Taschentücher mit bunter Kante Stück 0.12
Weisse Linnon-Taschentücher mit Hohlraum Stück 0.12
Damen-Taschentücher mit bunter Kante Stück 0.20
Damen-Taschentücher glatt, weiß, gewaschen Stück 0.30
Herren-Taschentücher weiß mit bunter Kante Stück 0.35
Gedäte Auswahl bester Qualitäten und neuester Muster

Tischwäsche
Damasttischtücher reelle, haltbare Qualitäten 4.10, 2.80 2.40
Damasttischtücher hervorragend, lein. Qualitäten 4.60, 3.35 2.75
Leegedecke m. 6 Servietten, schöne mod. Muster 5.80
Kaffeedecken weiß Damast m. bunt. Kante 5.80, 4.60 3.70
Kaffeedecken schweres Trüpegeewebe, echtf. weiß, m. farb. Kante 5.50, 4.50 3.60
 Dazu passende
Servietten Stck. 0.40
Künstlerdecken nur erstl. Fabrikate, echtfarb. hervorragend schöne Muster 10.60, 9.50, 8.20 6.80
Tischdecken schöne Muster, echtfarbig 1.80, 1.25, 0.99, 0.88 0.75
Künstlerdecken echtfarbig, 80x80 cm 0.95
Tischgedeck m. 6 Servietten, weiß Damast 130/160-60/60 8.80
Servietten weiß, mit bunter Kante und kleinen Fehlern 0.35, 0.30 0.25
Weisse Servietten 0.90, 0.80, 0.65, 0.55 0.45

Stadttheater
 Donnerstag 8 Uhr:
„Zar und Zimmermann“
 Freitag, 8 Uhr:
 Kommenie-Borrell.
 Serie C & S
„Der fliegende Holländer“
 Sonnabend 8 Uhr:
„Martha“

Schauspielhaus.
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 36 300.
 Donnerstag 8 Uhr:
 Der außergewöhnliche
 Operettenerfolg!
„Lady Hamilton“
 Freitag 8 Uhr:
 unter persönlicher Leitung
 des Komponisten
EDUARD KUNNEKE
„Lady Hamilton“
 Sonnabend 8 Uhr:
 Zum 1. Male!
„Die Rufus-Prinzessin“
 Musik von Emmerich Kalman.
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Die leichte Stoppel“
 Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Die Rufus-Prinzessin“

Lobe-Theater
 Tel. Ring 6774
 Donnerstag, Freitag,
 abends 8 Uhr:
 Zum letzten Male!
„Balas unter den Juden“
 Sonnabend, Sonntag,
 abends 8 Uhr:
 Gastspiel
Sabina
 Hofsaaler
 Künstlerisches Theater
„Dybuš“

Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Donnerstag, Freitag,
 abends 8 Uhr:
 Zum letzten Male!
„Das Konzert“
 Sonnabend, Sonntag,
 abends 8 Uhr:
 Erstaufführung
Der Feldherrnhügel
 Schürren, Koda-Koda
 und E. Höpfer.

Liabich-Theater
 Telefon: Stephan 34646.
 Täglich 8 Uhr
Der Sensationserfolg
„Du Ponts“
 und das Lustige
Variété-Programm.
 Eintrittspreise v. 50 Pf an
 jeden Sonntag nachm 3 1/2 Uhr
 Familien- u. Kinder-Vorstellung
 Das volle Programm zu
 ermäßigten Preisen

Nur noch 5 Tage
 gegenüber Jahrhunderthalle
 Fernruf: Ohle 8282
Circus Wilhelm
HAGENBECK
 Täglich 8 Uhr
Sonnabend und Sonntag 2 x
 3 1/2 und 8 Uhr
 Vorverkauf Barasch und Circuskassen.

Circus Busch
 Gebäude, Luisenplatz
Ab Sonnabend, d. 13. November
 allabendlich 8 Uhr
 Jed. Sonntag, nachm. 3 Uhr halbe Preise!
Bismarck - Wilhelm II.
Die deutsche Tragödie
 Große historische Manège-Revue
 in 11 Bildern auf Grund der eröffneten
 Geheimen Staatsarchive gestaltet von
Professor Dr. Herbert Hirschberg
 Spielleitung: **Der Aalor**
 Bismarck Henry Pless
 Wilhelm II. Hans Harrier
 Großherzogin Luise Ikonja Koogk
 Kleine Preise: 50 Pf. bis 3.00 Mk.

Bekanntmachung!
 Gebe dem geehrten Publikum von Kl.-Gandau und
 Umgebung bekannt, daß ich ab 1. November 1926
 das Vergütungs-Etablissement 1579 B.
Amerik. Vergütungspark Kl.-Gandau
 übernommen habe. Werde nach Kräften bemüht
 sein, meinen geehrten Gästen das Beste zu bieten. Ich
 bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
 Hochachtungsvoll
Ferdinand Reichert und Frau.
 Sonnabend, den 13. November, findet das
Einweihungs-Vergütungs Kapelle statt.
 Eintritt: Damen 20 Pf., Herren 60 Pf. inkl. Steuer.
 Nach: 100 Jazzerklänge. Die Nacht
 Festspiele sind noch für einige Sonntage zu vergeben.

Druckerei Volkswacht
 Robben, zweifache und andere
 Ausführung aller Druckarbeiten
 schnell und bei kürzester Fristzeit
Breslau 2, Kurze Straße 4/6.

Deutsches Kaufhaus

S. m. b. S.
 Obblauer Straße 75
 Versand nach auswärts von 20 Mt. an frei!

Goldene Zeauringe
 jugenlos - Gravierung gratis
Gedätes Lager, billigste Preise
 Für streng reelle Bedienung bürgt
 das 40jährige Bestehen meiner Firma
Albert Möwius
 Schmiedestraße 56 Tel. Ohle 5153
Wichtig! Mein Geschäft befindet sich **noch**
 noch in der **Schmiedestraße**

Wollserge
 Nr. 90 Pf. b. 3.00 M. Rittler
 Nr. 45-90 Pf. Zeinwand
 Nr. 35 Pf. b. 1.20 M. Garu
 1000 Nr. 30-70 Pf. Seif-
 gema 20 Gramm 10 Pf.
 Schürzentel 100 Paar 2.00 b.
 8.00 M. Hermafter Nr.
 55 Pf. b. 1.40 M. Seibe-
 sch Nr. 45-80 Pf. Wette-
 line Nr. 2 M. 1.20
 Detail und Engros
Bertold Lippert
 Heinrichstraße 16

Proletarier!
 Beseitigt die Hindernisse des
 Sprachschranken! Lernet die
 Weltsprache **Esperanto**,
 die von Arbeit. n aller Nationen
 gesprochen und verwendet wird

Felix Kayser
BRESLAU
 am Ring liefert am Rathaus
Odeon-Grammophon
Electrola
Polyphon
Instrumente u. Platten
 Billigere Fabrikate kosten
 22., 28., 32., 35., 45.
 Platten 0.50, 0.95, 2.00, 3.50 usw.

Winter-Joppen
 in größter Auswahl.
 Gediegene Qualitäten.
 Billigste Preise.
Berufskleider
Egon Gadiel
 Tarnschneise. 135-137.

Bitte bei allen Ein-
 käufen stets
 die Inseraten unserer
 Zeitung zu berücksichtigen

ALLE
LEUTE
LOBEN
 FEINKOSTMARGARINE
Blauband
Wie Bitter
 1/2 Pfd. 50 Pf.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. November.

Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beschloß... in der heutigen Stadtverordneten-Sitzung folgenden Beschlüsse zu fassen:

- Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Es wird auch in diesem Jahre an alle Erwerbslosen eine Weihnachtsbeihilfe gewährt. Dieselbe soll betragen: 20,- Mark für jeden Erwerbslosen, 10,- Mark für die Ehefrau, 7,50 Mark für jedes Kind.

Die Bewilligung erfolgt zu Lasten des Jahresabchlusses 1926.

Na, da ist's ja gut!

In einem Weinrestaurant saßen zwei Fabrikanten. Bedächtigt und zufrieden rauchte der eine eine dicke Zigarre und blies von Zeit zu Zeit Rauchwolken in die Luft. „Sie sind bei schlechter Laune heute,“ sagte der andere zu seinem Nachbar, der ein grieselhaftes Gesicht machte. „Sie haben wohl auch Verluste an der Börse gehabt?“

„Das wäre nicht so schlimm!“ erwiderte der Mann mit der dicken Zigarre. „Doch, wie ich gehört habe, beabsichtigen die Kommunisten einen Frontwechsel und wollen mehr Politik in sozialdemokratischem Sinne treiben, und es wäre ja geradezu katastrophal, wenn sich die Arbeitererschaft dann einigte.“

„Weiß und entsetzt entgegnete der andere Herr: „Das muß verhindert werden, wie können die Kommunisten solchen Blödsinn machen?“

„Hm! Was jetzt haben wir ja noch immer auf sie bauen können.“

„Ganz meine Meinung. Sie haben uns sogar unseren Hindenburg durchgebracht.“

„Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, daß sie eine andere Richtung einschlagen. Aber das geht nicht, das darf nicht sein. Unausdenkbar, wenn die Arbeiter alle einer Partei angehören. Das wäre unser Untergang. Alle Verluste an der Börse sind zu ertragen, nur diese Gefahr, die uns da droht, nicht.“

„Unsere Kommunisten traue ich das aber kaum zu.“

„Dann würden ihnen bestimmt die Anhänger davonlaufen und eine neue Partei gründen.“

„Die haben sie fest an der Strippe.“

„Bedenken Sie uns leisten ja gerade die Kommunisten große Dienste. Wenn sie jetzt ihre Taktik ändern, dann würden wir die Sozis sehr bald über den Kopf wachsen. Bisher haben wir die Kommunisten ein geeintes Proletariat verhindert. Ich meine, wir können uns auch weiterhin auf sie verlassen. Es wird nur Gewebe sein.“

„In diesem Augenblick betrat der Syndikus des Unternehmerverbandes das Lokal. Die beiden Herren riefen ihn heran und saßen ihm, bei ihnen Platz zu nehmen. „Was halten Sie von dem beabsichtigten Frontwechsel der Kommunisten?“ befragte ihn der Herr.

„Seien Sie ohne Sorge, meine Herren, die neue Taktik der Kommunisten soll die Sozis nur entlarven und vernichten.“

„Gott sei Dank!“ räusperte sich der eine Unternehmer. „Dann geht also der Kampf weiter.“

„Ja gewiß!“ verfehlte der Herr Syndikus und sein Gesicht strahlte.

„Wollen wir unsern Herrgott preisen, daß er uns die Kommunisten weiter erhält?“

„Ganz meine Meinung.“

Und der andere Unternehmer setzte hinzu: „Ich habe Ihnen ja gesagt: Auf unsere Kommunisten können wir uns verlassen.“

Georg Bergmann.

Sterben ist teuer.

Ein Genosse schickt uns folgende Abschrift einer „Gebührenkata VI. Klasse“ der Begräbnis-Kosten einer ledigen im Herrn verstorbenen Witwe, welche den 13. August 1926 auf dem neuen Friedhof zu Neufriedrich feierlich beerdigt worden ist.

Table with 2 columns: Nr., Benennung der Gegenstände, and Mark. Lists items like Stol-Gebühren, Gesang, Dem Priester für den Gang, Begleitung der Leiche, etc., with corresponding costs.

Ges. Mark 70,00

Es handelt sich hier um eine ganz arme Witwe und eine Beerdigung 6. Klasse; trotzdem sind 70,00 Mark allein an die Kirche zu zahlen; ungerechnet alle übrigen Kosten. In Breslau sind die Kosten einer kirchlichen Beerdigung natürlich nicht geringer, sondern höher. Für viele ist das allerdings ein sehr erheblicher Grund, auf die kirchliche Feier bei Beerdigungen zu verzichten, wie auch die hohen Kirchensteuern schon so manchen zum Kirchenaustritt veranlassen haben. Unergründlich ist es auch nicht sehr schön, und wird in unserer demokratischen Zeit doppelt unangenehm empfunden, daß die Kirche noch verschiedene Klassen von Verkörbten kennt. Nicht jeder hat mehr Lust, als Engel des Himmels ins Himmelreich zu ziehen, weil er nicht noch mehr bezahlen kann. Im Tode sollten doch alle Menschen der Kirche gleich sein.

Auswahl aus den Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Freud S. Die Frage der Rassenanalyse, 26; Hoffmann W. Die Reifezeit, 2. Aufl., 26; Friedrichs R. Besch. Kommunalbeamtenrecht, 26; Rutz R. Das Mietrecht der Wohn- und Geschäftsräume, 26; Ford H. Das große Heute - das größere Morgen, 26; Karl Kautsky, der Denker und Kämpfer, 24; Kohn E. Vassalle, der Führer, 26; Fezer E. vom E. Die katholischen Einrichtungen der halbberufenen Fürsorge und der offenen Gesundheitsfürsorge in Deutschland, 26;

Karten-, Hand- und Sterndeuterei.

Denkt an Wallenstein, der seine Sternwarte ständig mit sich umhertrug, um die Weltkarte und damit sein Schicksal ständig kontrollieren zu können. „Die Sterne lügen nicht“, sagte er dem Zweifler. Denkt an Italiens Diktator, der wie ein Jahrmartins-ahnel auf der Weltbühne stolz und in alle Winde poisant, ihm könne nichts geschehen, und wenn man mit Revolvern, Gift oder auch Bomben käme, eine Kartenlegerin hätte ihm geweissagt, daß er nicht eines unnatürlichen Todes sterben würde. Fragt einmal eure lieben Freunde, Verwandten und Bekannten, ob sie schon einmal bei der Kartenlegerin oder Wahrsagerin gewesen seien. Mit dem tiefsten Vertrauen der Ueberzeugung werden sie das weit von sich weisen. „An solchen Quatsch glaube ich nicht“, werden sie sagen und sich lustig machen über die voll Glaubens an Sterne und Karten sind. Eigentlich müßte es ja auch so sein, daß wir Menschen des 20. Jahrhunderts, wir „Aufgeklärten“, über diesen mittelalterlichen Nonsense hinaus wären - eigentlich. Aber das Leben zeigt uns ein anderes Bild. Zunächst hat uns der Krieg eine starke Vermehrung der berufsmäßigen Weisager und Propheten gebracht. Die damit verbundene Inflation des Selbstbewußtseins, will heißen, steigenden Gläubigkeit vieler Volksgenossen, hat auch nach dem Kriege nicht nachgelassen, im Gegenteil, jetzt erst brach die goldene Zeit dieser Mystik an. Was sollte sie auch nicht. Denn jetzt gab es wieder richtigen Bohnenkaffee, aus Kaffee-Ersatz konnte ja auch unmöglich was Geheimes gewahrhaftig werden. Und wie in allen Teilen Deutschlands ließ die Stimmen neuer Heiliger erheben, denkt an Louis Häuger, der sich selbst Jesus II nannte, die in dem trüben Wasser der ungeheimlichen Gedankenlosigkeit fischten, so machten Wunderdoktoren, Kartenlegerinnen, Handleserinnen, Astrologen ihre Praxis wieder auf.

Wilhelm Höhn-Jollern, der seinen Beruf so plötzlich an den Nagel hängte, bei den Astrologen ein dankbares Objekt. Jetzt kam es heraus, was inbrünstig nur in den Sternen geschrieen für uns gutes Volk unerschrocken gewesen war, jetzt melde sich die Sterngüter und wußten zu lüden, daß Wilhelms Sterne schlecht gestanden hätten. Im Jahre 1914 hatte er, der Oberkommandierende der deutschen irdischen Heerführer, unter dem Zeichen des Krebses gestanden, er dessen Stern der Löwe sein sollte, wenn er zu herrschen und zu siegen bestimmt war. 1917 stand Wilhelm unter dem Zeichen der Waage. Das war die Zeit, als Ludendorff im Westen die letzten Kräfte der deutschen Soldaten verzeugetrierte. Dann kam 1918 der gelbe Skorpion und daschlagerte uns, vielmehr unseren Chef, der eben weil es ein gelber Skorpion war - mit dem Leben davonkam. Wäre der Skorpion rot gewesen, hätte es dem bewaffneten Friedensfürsten Kopf und Kragen gekostet.

Dieses Horoskop ist geradezu ein Paradebeispiel der Astrologen, womit sie die Wahrheit der Sterne bekräftigen wollen. Sie wissen auch, jedenfalls hat einer dieser Astrologen es uns verraten, daß im nächsten Jahre, oder war es 1928, der ehemalige Herzog von Braunschweig, von den Vaterländischen Verbänden und was sich dazu zählt, zum Kaiser ausgerufen werden soll. Es gibt einen kleinen Punkt, wie es aber nun endgültig ausläuft, ob der Braunschweiger in die Wurst gestopft oder auf den Thron gesetzt wird, darüber ist noch nichts heraus. Jedenfalls nette Aussichten, wenn die Sterne zuverlässig wären.

Viele Bücher voller Beschreibungen und Tabellen, die Konstellationen der Gestirne enthalten, Broschüren mit den Gebrauchsanweisungen der Gestirne zählen zum Handwerkzeug der Astrologen. So ein Mann läßt sich des Geburtsdatum seines Kunden sagen und dann geht es los. Aus dem Sternbild seines Geburtstages wird dann gelesen, was los war, ist und sein wird. Wer nun kritisch eingestellt ist und seinen klaren Kopf behält, wenn er sein Schicksal ertragen läßt, der wird merken, daß aus der Fülle dessen, was ihm eröffnet wird, natürlich etwas für ihn

paßt, daß aber das meiste daneben gehauen ist. Wer die kleinen Nebensachen, die mehr oder minder auf jeden Menschen zutreffen, aber für die Hauptsache nimmt und in Ehrlichkeit vor dem Sternkundigen und seinen Schmeißern hockt, dem ist allerdings nicht zu helfen. Der geht ganz betrippelt beim und wartet auf den großen Moment, da Hauptgewinn und Prämie der Lotterie ihm ins Haus gekloppt werden. Was braucht er sich noch sonderlich angustren, wenn doch in einigen Jahren der Millionengewinn auf ihn herniederprasselt? Er legt sich auf die Bärenhaut. Die Sterne werden es schon schaffen. Prost Mähheit!

Die Astrologen haben durch die wissenschaftliche Aufmachung ihres Handwerks die größten Chancen, Glauben zu finden. Wie viel primitiver sind doch die Kartenlegerinnen in ihrer „Kunst“! Ein Spiel Karten und dazu, wenn sie es ganz besonders geheimnisvoll machen wollen, Götter auf der Schulter oder dem Tisch. Das Unheimliche, Unvorstellbare hat auf die Menschen von jeder eigenartige Wirkung ausgeübt, und so ist es bei all diesem Wahrsager-Krimstrans mit viel Gelue und dunklen Andeutungen, die auslegungsfähig sind wie nur irgend etwas, werden die Wissensdürstigen befoffen gemacht. Dienstmädels wollen wissen, ob der Schak noch treu ist, ob sie einmal eine gute Partie machen, wie „Er“ aussieht, was „Er“ ist, wieviel Kinder kommen werden, ob Männe treu sein wird und was taufenberlei Dinge des menschlichen Lebens mehr sind. Doch Dienstmädchen allein machen die Kundenschaft der Kartenlegerinnen nicht aus, von ihnen können die Zukunftswisser nicht reich werden. Dienstmädchen sind nur eine Sorte Kundenschaft, die sich aus Schichten des Volkes rekrutiert. Es gibt vornehme Salons mit eleganten Parterres für die Kunden, dann gibt es auch wieder dunkle Kötter, in denen die Leicht- und Ubergläubigen ihre Fragen an die Zukunft richten können.

Wie manches Mädel geht „nur mal aus Kur“ zu der Kartenlegerin. Und wenn es vor der Frau sitzt, die ihm das, was es auf geschicht gestellte Fragen geantwortet hat, in anderer Form wieder ferniert, dann wird aus dem Jaz eine ernste Sache, und es ist nicht eher froh, als wenn irgend ein Anhaltspunkt gefunden ist, der die Weissagungen der allwissenden Frau rechtfertigt, dann ist meistens kein Halten mehr. Rettungslos ist das Mädel dem Unfinn der Kartenlegerin verfallen.

Handlinien deuten oder aus dem Kaffeesatz die Zukunft eines Menschen herauslesen zu können, Schädeldiagnose usw. sind ebenfalls Dinge, die in dieses Gebiet des verkehrten wirkenden Uberglaubens gehören. Die arme Wissenschaft, die doch sonst noch nüchtern und klar ist, wird vergewaltigt und in mystisches Dunkel gehüllt, um so erst die richtigen Nebel zu bilden, mit denen die klaren Köpfe verwirrt werden sollen. Die Wahrsagerin ist zu einer Industrieker geworden. Aus Großchen-Automaten bezieht der Mensch seine Kenntnis kommender Dinge. Er glaubt so gern an diesen Blödsinn, weil er seinen Verstand als Ballast empfindet und nachdenken nicht seine Sache ist. Weich einen besondern Reiz hat es für sich, wenn er einer schwarzhaarigen Zigeunerin die Hand zeigt, damit sie ihm sage, wie es mit den schwarzen und heiteren Losen steht.

Daß so etwas in unserm Zeitalter noch möglich ist, beweist, daß der Mensch das konfessionelle Wesen ist, das wir uns denken können. Denn von dem Herenglauben des Mittelalters ist der Hefespokus des Wahrsagens, Kartenlegens, Sterndeutens gar nicht weit entfernt. Wir „aufgeklärten“ Menschen sehen unter Schicksal in 32 Kartenblättern oder ausgelaugtem Kaffee oder Himmelsgestirnen eingeschlossen.

Menschen des Maschinen-Zeitalters fühlen sich abhängig von diesem Kinderkram und machen sich lächerlich, sobald sie vor den Spiegel treten. Wollen aufgeweckt sein und tapfen wie Nachtwächter durchs Leben. Zeitgenossen, ihr blamiert die ganze Innung!

Sternberg J. Der Imperialismus, 26; Storm E. Geschichte der deutschen Kohlenwirtschaft von 1918-1926, 26; Buchhoff S. v. Deutschlands Steinkohlenfelder, 26; Haas A. Die Welt der Atome, 26; Keller D. Die Operette, 26; Kolbach J. Handbuch der Musikwissenschaften, I, 26; Knapp J. Peruginio, 2. Aufl., 26; Zeitschrift für Denkmalspflege, Jg. I, 26; Ungnad A. Hebräische Grammatik, 2. Aufl., 26; Williams W. v. Moellendorf, U. v., Reden und Vorträge, 4. Aufl., I, II, 25-26; Boehn M. v., Der Tag, 25; Buchanan G., Meine Mission in Rußland, 26; Delbrück H., Vor und nach dem Weltkrieg, 26; Friedensburg J., Die Münze in der Kulturgeschichte, 2. Aufl., 26; Eubmann W. F., Ballin, 26; Eirpik U. v., Deutsche Linnachtpolitik, 26; Die Jagd nach dem Nordpol, von Roald Amundsen (u. a.), 25; Lehmann K., Mythische Erdkunde, I, 26; Deutsche Volkskunde, Herausgegeben von John Meier, 26; Kleines Statistisches Taschenbuch für die Stadt Breslau, 26.

Ein kleiner Unglücksfall der „Schlesischen Volkszeitung“

wird gefehert von der Deutschnationalen Partei in der „Schlesischen Zeitung“ ausgedeckt. Das Zentrumblatt kennt bekanntlich keinen böseren Feind als den gegen die Katholiken tatsächlich oft recht einseitig und ungerrecht vorgehenden Evangelischen Bund. Auf der anderen Seite ist gerade die „Schlesische Volkszeitung“ die lauteste Vertreterin engerer Bindung des Zentrums an die Volkspartei, worauf wir ja bereits wiederholt hinweisen mußten. Die konfessionellen Hepapostel auf evangelischer Seite, Hofprediger Döring und Dr. Coerling, rechnete es immer den Deutschnationalen zu. Diese belehren das Zentrumblatt jetzt, daß es sich dabei um wärsche Volkspartei handelt. Der deutschnationale Abg. Dr. Coerling sei nur der Sohn des volksparteilichen Führers des Evangelischen Bundes. Ob das die Begeisterung der „Volkszeitung“ für die Volkspartei abkühlen wird?

Die falsche Straßenbahnanlage auf der Neufriedrichstraße.

Vor dem Großen erweiterten Schöffengericht standen am Mittwoch der Straßenbahnführer Paul Hoffmann und der Vorloshändler Gustav Bardehle, ersterer wegen fahrlässiger Körperverletzung, Bardehle wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Der Zusammenhang, der beide auf die Anklagebank gebracht hatte, ereignete sich am 7. Juli, frühmorgens um 6 Uhr, auf der Neufriedrichstraße, an der Goldenen Redogasse. Um diese Zeit kam Bardehle mit seinem, mit etwa 36 Jennern beladenen Wagen aus der Goldenen Redogasse heraus, um über die Neufriedrichstraße weg in die Neue Weigasse zu gelangen. In diesem Augenblick kam die Linie 6 vom Königsplatz her und fuhr in den Gemüswagen hinein. Der Gemüswagen wurde ein ganzes Stück mitgeschleift und die auf dem Wagen sitzende Frau Bardehle von den umherfliegenden Scherben der Straßenbahnscheiben so erheblich am Gesicht und Hals verletzt, daß sie im Allerheiligen-Hospital verbunden werden mußte. Vor Gericht bestritten beide Angeklagten, daß sie unachtsam gewesen seien. Weder Hoffmann noch Bardehle war nach Aussagen der Zeugen zu schnell gefahren. Nach dem Gutachten der Sachverständigen liegt die Schuld an dem Zusammenstoß an der fehlerhaften Anlage der Straßenbahn, die bekanntlich auf der Neufriedrichstraße dicht am Bürgersteig entlangfährt. Beide Angeklagten wurden, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, freigesprochen.

Ueber Eingemeindung und Beschaffung von Arbeit

sprach in einer von der Erwerbslosenkommission der SPD. einberufenen Arbeitlosenversammlung am Mittwoch nachmittags Genosse Voigt, der ja auf diesem Gebiete allgemein als Fachmann anerkannt wird. Es handelt sich, so begann Genosse Voigt, um ein wichtiges und entscheidendes Problem der Gegenwart und die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in Unbetracht dieser Wichtigkeit im Stadtparlament hier die Führung übernommen. Breslau hat die stärkste Wohnverdichtetheit. Nicht weniger als 125 000 Menschen wohnen in Räumen, die hygienisch und bautechnisch völlig unzulänglich sind. Man hat in der Vorkriegszeit im Rathaus eine Wohnungspolitik getrieben, unter deren Folgen wir eben heute noch leiden müssen. Die Beseitigung dieser Uebelstände kann nicht von heute auf morgen geschehen; 125 000 Menschen lassen sich nicht so ohne weiteres in gelundene Quartiere verlegen.

Die Kardinalfrage aller Wohnungspolitik ist die Beschaffung von Grund und Boden! Von jeher hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ihr Augenmerk darauf gerichtet, Grund und Boden in die Hand zu bekommen. Die Stadt hat außer den Gütern Moabern und Pöschanowitz insgesamt 5000 Hektar Land als neuen Besitz erworben und der Eingemeindungsplan sieht 48 Gemeinden mit dreimal so viel Land als Breslau groß ist, vor. Gilt es doch, einmal die jegliche Wohnungsnot zu beheben, dann aber auch den zu erwartenden erheblichen Bevölkerungszuwachs aufzunehmen. Zu diesem Zwecke müssen wir 20 Jahre hindurch pro Jahr etwa 3000 neue Wohnungen schaffen. Unser großzügiges Wohnungsbauprogramm stößt bei den Rechtsparteien und bei der Regierung auf Schwierigkeiten.

Im einzelnen wände sich Genosse Voigt den Fragen zu: Wo und wie bauen wir Wohnungen? Unter sozialistisches Kommunalprogramm legt großen Wert auf das Moment der Wirtschaftlichkeit und Rationalität bei allen vorbereitenden Arbeiten. Zu diesen zählen z. B. die Gasversorgung bis Deutsch-Dissa, die schon jetzt in Angriff genommen wird, Ausbau der Kanalisation, Wegearbeiten usw. Das Herz der Arbeitlosen ist nun leider so groß, daß nur ein Bruchteil bei all diesen Arbeiten beschäftigt werden kann. Dazu kommt noch, daß sie zu 80 Prozent von Facharbeitern geleistet werden müssen. Für die Beschäftigung der ungelerten Arbeitlosen ist die Sozialdemokratische Fraktion bisher mit Nachdruck eingetreten. Da aber in den Vororten auch viele Arbeitslose vorhanden sind, so sehen nun die zuständigen Gemeindevorsteher darauf, daß erst die Arbeitlosen ihrer Gemeinde in Arbeit kommen.

Aus diesen Gründen können bei den sogenannten Aufschlichtungs- und Vorarbeiten nur verhältnismäßig wenig Arbeitlose in Breslau Verwendung finden. Es ist eben nicht einfach, ein Heer von fast 50 000 Arbeitlosen allein in Breslau in den Produktionsprozess überzuführen. Trotzdem bleibt die Sozialdemokratie unablässig bemüht, wenigstens einem weiteren Arbeiter- und Personalabbau zu steuern, sei es bei der Eisenbahn, bei Linde-Hofmann oder gegenüber anderen Unternehmungen. Manerlei wurde auch vom Genossen Voigt besprochen, was die schließliche Wirtschaft heben könnte. In erster Linie brauchen wir mit allen handelsvertraglichen Beziehungen! Gasversorgung, Elektrifizierung der Eisenbahn, Fernheizung und andere technische Neuerungen wurden ebenfalls besprochen und es sei irrig, wenn so mancher glaubt, die Arbeitslosigkeit werde durch sie eine Steigerung erfahren.

Die Arbeitlosen müssen bedenken, daß weder schöne Reden, noch gepfefferte Resolutionen ihnen helfen können, auch die Herzen

Aus Schlesien.

Die täglichen Unfälle der Reichsbahn.

Gestern Abend gegen 12 Uhr stieß auf Bahnhof Hirschberg eine elektrische Lokomotive mit einer Dampflok...

Quallau, Kr. Schweidnitz. Reichsbanner Schwarz... Anlässlich des 9. November veranstaltete die hiesige Ortsgruppe eine große Kundgebung mit Fackelzug...

Bunzlau. Ein Riesentransport. Zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung der Stadt Bunzlau und ihrer Umgebung wird die Stadt an die Großkraftwerke...

Nieder-Hermsdorf. Freiwillig aus dem Leben geschieden. Montag, den 9. November, wurde der 70 Jahre alte Bergbauinspektor Gultak Wittke im Feuersternpark...

Vandeshut. Brandkatastrophe. Mittwoch nacht, gegen 12 Uhr, entbrach infolge Brandstiftung fast in gleicher Zeit auf zwei landwirtschaftlichen Anwesen in Ober-Hermsdorf...

Bad Hermsdorf. Kreis Vandeshut. Mühlbrand. Am Sonnabend ist die hiesige Wassermühle durch Feuer vernichtet worden...

Jauernitz. Verunglückt ist der Arbeiter Bruno Heidrich von hier, dem durch einen Betriebsunfall im Bergdorf...

Krummhübel. Durch einen Baum erschlagen. Ein auf dem Grundstück des Fuhrwerksbesizers Ritter stehender, etwa...

12 Meter hoher Baum sollte gefällt werden. Der Baum fiel auf die Hochspannungsleitung und hing an zu Brenner. Ritter und seine 54 Jahre alte Frau verjauzten nun, den Baum mit Seilen zur Erde zu ziehen...

Neuzibau. Ein sonderbares Erlebnis hatte lech der Inhaber der hiesigen Postagentur, Hermann Ziesche. Nachdem er kurz vor Mitternacht zu Bett gegangen war...

Seidenberg. Ein Landstreicher, der in Damenkleidung, Puffkopf und Spangenschuhe vor Gericht erscheint. Wegen Bettelns und Landstreichens wurde der wohnungslose Arbeiter Paul Schwedler...

Katzen. Einbrecher in der Steuerkasse. Ein dreifacher Einbruchsdiebstahl wurde in die städtische Steuerkasse verübt. Mittels Nachschlüssels gelangten die Einbrecher...

Geschäftliches. Wie aus dem Inserat der Hammelgroßschlächterei Joseph Boralla ersichtlich, ist diese durch Einkauf größerer Schafherden bis auf weiteres in der Lage...

Die meisten Hausfrauen glauben immer noch, um eine gute Küche zu führen, seien nur die alten Hausaltersmittel, also Butter und Schweinefleisch, das Gegebene...

Das Buch! Messen Seele aus des Tages Einzelstimmungen... Volkswacht-Buchhandlung, Neue Grauwasserstr. 5

Aus aller Welt.

Joseph Schwarz gestorben. Nach nicht 45 Jahre alt ist der im ganzen Reihe bekannte und geehrte Baritonist Joseph Schwarz in einem Berliner Krankenhaus an den Folgen einer Nierenerkrankung gestorben...

Franzosen Sieger im Berliner 6-Tage-Rennen. Im 17. Berliner Sechstages-Rennen, das am Mittwochabend um 11 Uhr beendet wurde, haben die Franzosen...

Berliner Radfahrer trotz verlängerter Polizeikontrollen. Die Berliner Kriminalpolizei hob in den letzten Nächten wieder zwei Radfahrerkontrollen aus. Die anwesenden Fahrer wurden festgehalten...

20 000 Teilnehmer beim Begräbnis eines Kindermädchens. Rund 20 000 Personen gaben am Dienstag dem Kindermädchen Margarete Manhardt in Wien das letzte Geleit...

Nischen-Motorfahrzeuge. Zwei Passagierschiffe, die fast den Nischendampfern des Mauritania-Typs an Größe und Leistung gleichkommen, werden gegenwärtig mit Motorantrieb von der Cölnisch-Weimer...

Vulkanausbruch in Mittelamerika. Vom Vulkan Jalcá im Gebiet von Matagana (San Salvador) fließt ein 400 Yards breiter Strom flüssiger Lava zu Tal und hat bereits ein weites Gebiet überflutet...

Sammler-Anzeigen. Am 9. November verschied nach langem, schwerem Leiden eines unserer ältesten Mitglieder, der frühere Redaktionsbote Robert Schön...

Am 9. November verschied nach langem, schwerem Leiden unser Freund und Parteigenosse, der frühere Redaktionsbote Robert Schön...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Am Dienstag, den 9. November, mittags 12 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Metallarbeiter Wilhelm Nitschke...

Volls-Feuerbestattungs-Verein (600 000 Mitglieder) 505. Kostenlose Bestattung nach nur einmonatiger Mitgliedschaft. Kein Kirchenaustritt. Monatsbeiträge von 15 Pf. bis 1.10 Mk.

Trauerhüte bekannt größte Auswahl, billigste Preise! Hulda Sledner Schmiedebroderie 15/16, Ecke Kupferschmiedestr. Bitte, meine Schaufenster zu besichtigen!

Pfänder-Auktion den 13. November. Mariannenstraße 6. Auchhdlg. Volkswacht. Modernes Antiquariat. Krista 1, beim Hauptbahnhof.

Junger Mann 36 J. alt, mit fäh. Bedient (Nichtzöner) sucht Beschäftigung. Mädchen, nicht über mittelgr., zwecks Heirat. Offert. unter 1577 Volkswachtbuchhandlg., Neue Grauwasserstr. 5. 1577b

Verloren habe ich meinen Hüften durch Weg ist er. Diese Hüftentzündung lindern Hüften, Heilzeit, Beruhigung, Schmerz. In den Tagen zu 30 und 30 Pf. in den Apotheken, Drogenhandlungen u. Apotheken, wo Platane hängen. Abhängig Schicklast: Paul Knepper, Neurube.

Winterrmäntel v. Mk. 20 an. Anzüge v. Mk. 18 an. Joppen v. Mk. 9 an. Jünglingsanzüge v. Mk. 12 an. Stoffhosen v. Mk. 4 an. Kinderanzüge v. Mk. 5 an. Maßanfertigung. Durch eigene Fabrikation in Qualität und Preis unerreicht leistungsfähig. Eduard Reuschle 52

Die Volksschule als Einheitsschule von Dr. Max Apel. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes kopie von sämtlichen Redaktionen entgegengenommen. Jede Nähmaschine kauft Wienzlers Gedächtnis Str. 45, pt. r. Berufe. Neue und alte Nähmaschinen. Leichte Teilzahlung. Grestka, Herrenstr. 24. Eigene Reparaturwerkstatt. Arbeitsmarkt. Gewissen! Genossinnen. Eine Familienanzeigen der Volkswacht. Grestka, Herrenstr. 24. Eigene Reparaturwerkstatt.

Was selbst der Militär-gewalt

spottete . . .
beschreibt J. C. Brunner in
Krieg u. Geschlechtsleben

Illustrierte Sittengeschichte 2. erweiterte Auflage mit vielen Bildern
Preis Hbl. 6.50

Dieses Buch berichtet über **Soldat und Weib** überhaupt, von der antiken Zeit ausgehend, die **Prostitution während des Krieges**, ihre Gefahren und deren Bekämpfung, über **Sexualverbrechen** während des Krieges, die Zeit **nach dem Kriege**, die **Prostitution im besetzten Gebiet** usw. und zeigt somit auch

Die andere Seite des Stahlbades

Bis 1. Dezember auch auf **Buchkarte** durch die
Volkswachtbuchhandlung
BRESLAU III, Neue Graupenstraße 5

Das Haus der billigen Preise!

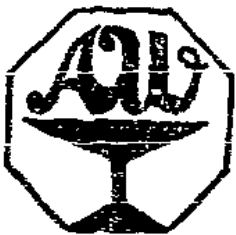
1500 Paar warme Kinder-Schnallen-Schuhe

schwarz Mollartuch, mit Lederkappe, Deckenfutter und Allledersohle
Größe 21-25 26-30 31-35
Paar 95 Pf. 1.25 1.65



Für Glas & Porzellan

bewährt sich die Reinigung durch leichtes Abreiben mit VIM auf recht nassem Lappen. VIM kratzt und schmiert nicht. VIM putzt auch Türen, Herd, Geschirr und Bestecke.



Alexander Wojtko

Destillation -- Likörfabrik
Hauptgeschäft: Klosterstraße 85/87
Filiale: Sonnenstraße 41.

Empfehle meine Qualitätsware zu enorm billigen Preisen:

Alter Bresl. Brantwein 35% p. Ltr.	2.10
Alter Breslauer Crème 35% p. Ltr.	2.60
Weinbrand - Verschnitt 28% p. Ltr.	2.80
Deutscher Weinbrand 40% p. Ltr.	4.00
Jamaika-Rum-Verschn. 38% p. Ltr.	3.00
Primä Sprit 40% p. Ltr.	4.00
„ 96% p. Ltr.	4.80

Weine vom Faß:

Malaga Gold per Liter	1.60
Insel Samos per Liter	1.60
Heidelbeerwein per Liter	0.70
Gebirgs-Nimbeersaft 1 Ltr. 6h 2 1/2 Pfd. ohne Glas 14332	1.30

Empfehle besonders meine **Edelliköre 35% und 40%** in hervorragenden Qualitäten.

Beachten Sie meine Preise!
Prüfen Sie meine Qualitäten! 14385

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Spottbillige Sonder-Verkaufstage

von Hochprima Ungarische Stopf-Gänse 9-16 Pfd schwer per Pfd. nur 1.15
Pa. kerniges Gänsehaut-Fett 1/2 Pfund nur 0.80
Gänsebrüste und -Keulen mit Fetstückchen per Pfund nur 1.10
Gänsebrüste u. Keulen, von Stopfgänsen, vollkommen mit Haut, per Pfd. nur 1.50
Hochprima kerulige Stopfgänse per Pfd. nur 1.30

Schles. Brat-Gänse Pfund von 0.90 an
Schles. Hafer-Brat-Gänse Pfd. von 0.95 an
Hochprima Mast-Gänse, vollfleischig, schneeweiß Pfund nur 1.30, 1.25

Echt Steirische Kapuziner, Foularde, Poulas Florentiner Riesen-Mast-Tauben

Wild sämtlich pfannenfertig
Hasen auch gespickt nach Hamburger Art.

Feinste Fasane-Hähne, die schönsten 3.95
Feinste Fasane-Hennen, die schönsten 2.95
Hasen-Häuter mit 7 Leber in 1.50 an
Reh-Häuten, Reh-Korden, hoch geölt sowie in Birsen-Häuten, -Keulen, u. -Blätter, zu billigsten Tagespreisen.

Wild-Kapuziner 1.30 an

Herbert Böhm

Wild- und Geflügel-Großhandlung
Telephon Ohle 324 Telegr.-Adr.: Wildböhm

62 Gartenstraße 62 nur
Telephonische Aufträge werden prompt erledigt.

Liederbuch

des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
69 Lieder mit Noten
Preis 80 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Achtung!

Mod. schwarze Warena-Mäntel v 28 Mk. an
Die letzten Schlüpfer weit unter Preis von 15 Mk an
Anzüge, Westen, Hosen in großer Auswahl
Joppen von 13.50 Mk an 14338

Max Landsberg, Gräbschener Str. 27 (Ecke Helldorferstr.)
Freitag nachm. von ca. 4 Uhr bis Sonnabend nachm. ca. 5 Uhr geöffnet

Achtung!

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Druckarbeiten
Breslau 2, Glurstraße 4/6

»FAMOS« IST FAMOS

„Frau Nachbarin, geht's Ihnen schlecht? Sie schauen trüb-dreißig, Ist die Gesundheit denn nicht recht, Was haben Sie für Pein?“
„Zwei Waschetage liegen schwer In aller Gliedern mir Der Kopf ist mir ganz wüßig und leer, Das Kreuz verbeißt mir schier.“
„Frau Nachbarin, das wundert mich, Ich kann es nicht verstehen, Mein Waschetag ist sicherlich Auch nicht gerade schön.“

Gewiß ist er kein Fertentag, Die Hand ruht nicht im Schoß, Doch, daß ich's schaffe ohne Plag, Dazu hilft mir „Famos“!
„Famos“ ist wirklich auch famos, Wie jede Hausfrau weiß, Ein Waschetage, noch so grob, Bringt uns nicht mehr in Schweiß.
Versuchen Sie's, Frau Nachbarin, Erleichtern Sie Ihr Los, Denn die Genossenschaftin Hat dafür ihr „Famos“.

Das selbsttätige Waschmittel »Famos« genossenschaftliches Eigenfabrikat aus den Seifenfabriken der Grobeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., ist aus nur erstklassigen, der Wäsche unschädlichen Materialien hergestellt und wird von keinem Konkurrenzfabrikat übertroffen.
Zu haben in allen Verteilungsstellen

Konsumvereins „Vorwärts“

David: Referentenföhler.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., auswärtig 10 Pf. Porto
Volkswacht-Buchhandlung (Königsplatz)

Urbau das Beste von 18 Mk. an
Pelz-Mäntel, Jacken, Schals, Hüte, Garatüren
Pelzbesätze 1. Mantel u. Kostüm sofortiges Aufnähen
Königsplatz 1 II. Etg.

Durch Einkauf größerer Herden Stallmast- und weidestoffter Hammel verkaufe ich von mir eigener Schlachtung:

Hammelfleisch sämtliches Kochfleisch	80 Pf.
Rücken und Keulen	90 Pf.
Mastlammern diesjährige, kernfest	1.00-1.10
Kalbflleisch von mir eigener Schlachtung	1.00
Hierabraten u. Keule, Pfd.	1.10
Schweinefleisch jung u. frisch	1.10
Weißbraten	Pfd. 1.20
Pökelfleisch	Pfd. 1.10

Fleischhaus und Hammel-Großschlächterei
Taschenstr. 3/5
in Hause der „Neuesten Nachrichten“
Telefon: Ohle 9087.

Dampfdestillation Willi Reichmann

BRESLAU, Menzelstr. 48.
Nur das Allerbeste ist gut genug für meine Kundschaft!
Direkt aus meiner Fabrik:
Breslauer Brantwein per Liter Mk. 2.10
Weinbrand-Verschnitt per Liter Mk. 2.80
Jamaika-Rum-Verschnitt p. L. Mk. 3.00, 3.50
Liköre per Liter Mk. 3.00, 3.60
Apfelweine per Liter Mk. 0.70
Griechischer Süßwein per Liter Mk. 1.30
Direkt aus der Brennerei J. Jacobi, Stuttgart:
Jacobi-Weinbrand Faßabzug, p. Ltr. Mk. 4.00
Jacobi echt per Flasche Mk. 4.25
Jacobi 1880 per Flasche Mk. 5.75
Beachten Sie die enorm preiswerten Flaschen-Angebote in den Schaufenstern meiner
Geschäftsstellen:
Friedr.-Wilhelm-Str. 96 („Breslauer Haus“)
Friedrichstraße 18 („Zur Eintracht“)
Herzogstraße 29. — Neumarkt 32.
Sadowastraße 37. 7108

Im Turnklub „Frohsinn“ kann man sich's nur Leute, die den Spaß verstehen. Der Hüller war nicht Mitglied nämlich: er war den andern viel zu grämlich. Seitdem er Weltblatt-Monument, ist er der Präjes — fapperment!

Abonnere „Lachen Haks“ (Nr. 23 Pf.) beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bei den Zeitungsböden od. durch uns Buchhändler.

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11.
Wie der Welttrieb entstand.
Das amüßige Aftennaterial und die Randbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung.

Gewerkschaftsbewegung.

Fluktuation.

Das hervorsteckendste Kennzeichen des Arbeitsmarktes ist die Fluktuation der Arbeitskräfte zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit. In der Zeit vom 16. Dezember bis 15. Oktober 1926 wurden 411 000 männliche und 35 000 weibliche Unterhaltungslosengänger aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden. Davon waren rund 21 000 männliche und 4000 weibliche Unterhaltungslosengänger in die Wohlfahrtspflege oder in Arbeit oder durch die Arbeitsvermittlung gelangt. In der gleichen Zeit kamen 362 000 männliche und 20 000 weibliche Arbeitskräfte wieder in die Erwerbslosenfürsorge hinein. Im ganzen Monat September sind 519 000 Arbeitsvermittlungen erfolgt.

Wohin ein ewiges Kommen und Gehen auf dem Arbeitsmarkt, eine förmliche Völkerwanderung zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit. Diese überraschende Tatsache erlaubt wichtige Rückschlüsse auf die Haltung der Arbeitgeber. Die ungeheure Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt wäre nicht denkbar, wenn nicht die Arbeitgeber zum großen Teil die jeweils vorhandenen Arbeitsaufträge so rasch wie möglich, vor allem mit Hilfe von Ueberstunden, erledigten, um dann die Arbeitskräfte sofort wieder zu entlassen. Der Arbeitgeber nicht in forciertem Tempo die Konjunktur — das Tempo der Beschäftigung seiner Arbeitskräfte in den stilleren Zeiten, das in früheren Zeiten wenigstens der anständigere Teil der Arbeitgeber stets trug, wägt er auf die Allgemeinheit, auf den Staat, Der Profit dem Unternehmer, das Risiko der Allgemeinheit!

Gibt es gegenüber der Haltung der Arbeitgeber keine Abwehrmöglichkeiten? Das einzige Mittel dagegen ist der Ausbruch des Entlassungsstreiches, wie ihn der Allgemeine Gewerkschaftsbund in seiner Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gefordert hat. Also Verschärfung des Einspruchsrechts gegen Kündigungen, wie es der § 84 des BGG vorsieht; Ausdehnung des Einspruchsrechts auch auf die Arbeitnehmer jener Betriebe, in denen ein Betriebsrat nicht wählbar ist. Die Arbeitnehmer der kleineren Betriebe müssen das Recht erhalten, den Einspruch gegen Kündigungen direkt an das Arbeitsgericht zu richten.

Die Einschränkung der Unternehmerwillkür in der Anstellung und Entlassung muß schärfster Art gesichert werden. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt ist dem Arbeitgeber geradezu allmächtig gemacht. Er kann sich die Arbeitskräfte nach Belieben auswählen; denn das Gerede über den Mangel an Facharbeitern ist nicht ernst zu nehmen. Ein wirklicher Facharbeitermangel existiert ja nur dort, wo es sich um ganz besondere Spitzenarbeiter, zum Beispiel um einen qualifizierten Maschinenbauer, handelt. Im großen Durchschnitt aber ist der Arbeitgeber heute in der Lage, mit den Arbeitskräften geradezu zu schmeicheln. Gibt es nicht eine ganze Reihe von Firmen, die sich erdreisteten, Arbeitskräfte wochen-, monats-, ja jahrelang mit täglicher Kündigung anzustellen. Monatsanfang das Dannebergeschwert des stets drohenden Stellenverlustes über dem Kopf! Es gehört erstaunlich viel Brutalität dazu, eine derartige Tortur der Nerven den Arbeitern und Angestellten zuzumuten. Aber sie wird ihnen zugemutet.

Zeit, allerhöchste Zeit ist es, daß die Rechtsseite der Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt von den maßgebenden Stellen gesehen und dem verheerenden Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge durch die Arbeitgeber zu Leibe gegangen wird.

Die Gelben erneut abgefallen.

Die Gelben sind frampfhaft bemüht, zu erreichen, daß sie als tariffähig anerkannt werden und ihnen die Genehmigung zur Mitwirkung in den Verwaltungsausschüssen der öffentlichen Arbeitsnachweise gegeben wird. Es ist ihnen auch in der Tat gelungen, bei dem Kreisrat des Landkreises Köslin und dem Kreisrat des Kreises Schwedt mit diesen Bemühungen Anfang zu finden. Beide Stellen haben dem Pommerischen Landbund zwei und dem Deutschen Landarbeiter-Verband, der für die Landwirtschaft rechtlich allein zuständigen Arbeitnehmervereinigungen, nur einen Vertreter im Verwaltungsausschuß zuerkannt. Zuerkennung ist erfolgt, obwohl vom Preussischen Minister für Handel und Gewerbe auf eine Anfrage preussischer Landtagsabgeordneter am 30. April 1926 folgender Bescheid erteilt wurde:

„Berlin, den 30. April 1926. Zum gefl. Schreiben vom 3. April 1926, das von dem Herrn Wohlfahrtsminister an mich zuständigkeitshalber abgegeben worden ist:

Ueber die Frage, ob der Landbund als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes anzusehen ist, ist bereits vor mir im Jahre 1923 Entscheidung getroffen worden. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, kann ich die Arbeitnehmerabteilung im Landbunde nicht als eine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des angegebenen Gesetzes ansehen. Die bezeichnete Arbeitnehmerabteilung kann also zu Vorschlägen im Sinne der §§ 9, 65 des NAG. nicht zugelassen werden.

Im Auftrage: gez. von Meyeren.“

Angefaßt der Einstellung des Kösliner Kreisrates und Schwedter Kreisrates sind einige sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtages dazu übergegangen, einen Antrag folgenden Wortlautes einzubringen:

1. den nachgeordneten Behörden den Inhalt des Bescheides des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 30. April 1926 an den Abgeordneten Kirchmann bekanntzugeben mit der Maßgabe, im Sinne dieses Bescheides zu verfahren;
2. dafür Sorge zu tragen, daß die, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen und dem Bescheide des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 30. April 1926 gebildeten Verwaltungsausschüsse öffentlicher Arbeitsnachweise, sowie der Bundesarbeitsämter sofort aufgelöst und neu gebildet werden. Von deutschnationaler Seite wurde ein Gegenantrag folgenden Wortlautes eingebracht:

1. den vorstehend aufgeführten Bescheid wieder zurückzugeben;
2. bei der Anwendung aller die wirtschaftlichen oder sozialen Interessen der Arbeitnehmer berührenden Gesetze den in der Verfassung festgelegten Grundsatzen der Vereinigungsfreiheit Rechnung zu tragen.

Beide Anträge beschäftigten vor einigen Tagen der Hauptauschuß des Preussischen Landtages. Das Ergebnis dieser Beratungen ist, daß der sozialdemokratische An-

trag mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen und der deutschnationaler mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde.

Mit diesem Ergebnis sind die Gelben wiederum mit aller Eleganz abgefallen. Es bleibt bei dem bisherigen Zustand, das heißt, sie sind als Arbeitnehmervereinigungen im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes nicht anzusehen.

Der Konflikt bei der A.G.G. Turbinenfabrik beigelegt.

Die Abstimmung unter der Belegschaft der Berliner A.G.G. Turbinenfabrik hat eine erhebliche Mehrheit für die Annahme des Vergleichsvorschlages der Direktion, den Lohnabbau auf drei Prozent zu beschränken, ergeben. Damit ist die Streikgefahr bei der A.G.G. beseitigt.

Das fehlte noch.

In verschiedenen Gemeinden ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß die Gemeindevorsteher sämtliche Namen der Erwerbslosen sowie Höhe und Art ihrer Unterstützung veröffentlicht haben, angeblich um zu verhindern, daß Erwerbslose trotz ihrer Unterstützung entlohnte Arbeit verrichten. Das Preussische Wohlfahrtsministerium erklärt dazu, daß derartige Maßnahmen ohne Beteiligung der zuständigen Organe des öffentlichen Arbeitsnachweises nicht erfolgen dürfen.

Unsere Frauenversammlungen finden am Montag, den 15. November abends 8 Uhr statt

Lokale werden in der Sonnabendnummer dieser Zeitung veröffentlicht

Ein erfolgreicher Angestelltenstreik.

Der am 19. Oktober in der Berliner Gesundheits- (Zentralheizungs-) Industrie ausgebrochene Streik der technischen und kaufmännischen Angestellten hat in der Öffentlichkeit außerhalb Berlins bisher nicht die Beachtung gefunden, die er zweifellos verdient.

Die Gründe für den Streik sind vor allem darin zu suchen, daß die schon vom 1. Mai ab um etwa 10 Prozent herabgesetzten Gehälter der Angestellten noch weiter verschlechtert werden sollten durch Einführung des sogenannten Leistungsstarfs anstelle des bisherigen Staffeltarifs, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Urlaubs. Die Verschlechterung der Gehaltsbedingungen war für die Angestellten um so schwerer zu ertragen, als die Arbeiter des Gewerbes ihre am 1. Mai ebenfalls herabgesetzten Löhne vom 1. Oktober ab wieder in der früheren Höhe erhalten und da außerdem die Gesundheitsindustrie sich zurzeit in einer glänzenden Konjunktur befindet.

Die Verhandlungen vor dem Schlichter führten zu einem Schiedsspruch, der den Wünschen der Unternehmer sehr weit entgegenkam. Der Schiedsspruch wurde daher von den Angestellten in der Abstimmung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und der Streik erklärt. Es beteiligten sich daran rund 500 Angestellte aller Gewerkschaftsrichtungen unter Führung des die stärkste Gruppe der streikenden Angestellten, die Techniker, zusammenfassenden Bundes der technischen Angestellten und Beamten.

Die während des Streiks vor dem Schlichter weitergeführten Verhandlungen führten dann am 25. Oktober zu einem vollen Erfolge der Angestellten. In der Gehaltsfrage wurden fast dieselben Gehälter wieder erreicht, wie sie vor der Herabsetzung am 1. Mai bestanden hatten, die im Schiedsspruch festgesetzten Gehälter wurden ganz erheblich überschritten. Zum Beispiel wurde das hierin festgesetzte Spitzengehalt von 320 Mark auf 425 Mark erhöht. Das durch den Schiedsspruch eingeführte Leistungsprinzip wurde abgewehrt und der Gehaltsstaffeltarif wieder eingeführt. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Wochenstunden wurde ebenfalls abgelehnt und die 48-Stunden-Woche grundsätzlich durchgesetzt. Die während des Streiks ausgesprochenen Angestellten-Entlassungen gelten als nicht erfolgt und das Einzel-Arbeitsverhältnis als durch den Streik nicht unterbrochen.

Am 26. Oktober haben daraufhin die Angestellten ebenso geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen, wie sie sie am 19. Oktober niedergelegt hatten.

Der Ausgang des Streikes dürfte geeignet sein, die in Angestelltenkreisen vielfach bestehende Mutlosigkeit gegenüber den Angriffen des Unternehmertums zu beheben, da er beweist, daß eine gut organisierte Angestelltengruppe ihre Hoffnung nicht allein auf die amtlichen Schlichtungsinstanzen zu richten braucht, sondern, auf ihre eigene Kraft vertrauend, Erfolge auch im gewerkschaftlichen Kampfe erringen kann.

Noch keine Fortführung der Verhandlungen im englischen Kohlenkonflikt.

Voraussichtlich werden die Organisationen über die Frage völliger Verhandlungsfreiheit der Exekutive entscheiden.

London, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter trat am Mittwoch nochmals zusammen, um Beschluß zu fassen, ob der Bergarbeiterexekutive völlig freie Hand bei den künftigen Verhandlungen mit der Regierung gewährt werden sollte. Vor Beginn der Delegiertenkonferenz hielt die Exekutive der Bergarbeiter eine dreistündige Sitzung ab und kam zu dem für ihre Taktik charakteristischen Beschluß, der Delegiertenversammlung auch diesmal keine Vorschläge betr. Annahme oder Ablehnung dieser Forderung nach völliger Verhandlungsfreiheit zu machen. Die Delegiertenkonferenz selbst kam zu keinem Beschluß und vertagte sich auf Donnerstag vormittag. In Konferenzstreifen hält man es für wahrscheinlich, daß die Delegiertenkonferenz es ihrerseits ebenfalls ablehnen wird, einen Entschluß zu fassen und die Entscheidung über die zur Debatte stehende Frage den einzelnen Organisationen überlassen wird.

Die Regierung, die glaubt, daß sie ebenso wie der Generalrat der Gewerkschaften von den Bergarbeitern anläßlich der jüngsten Verhandlungen irregeführt worden ist, hat der Bergarbeiterexekutive inzwischen mitgeteilt, daß die Wiederaufnahme irgendwelcher Verhandlungen von einer schriftlichen Garantie der Bergarbeiter abhängig gemacht werden muß. In dieser Garantie soll festgelegt werden, daß die Bergarbeiterexekutive in sämtlichen zur Verhandlung stehenden Fragen, einschließlich der Arbeitszeit, völlig freie Hand habe.

Strafgefangene und Knappschaftsversicherung.

Strafgefangene, die vor der Inhaftnahme in knappschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, insbesondere Verpleute, unterliegen nach einer Verfügung des preussischen Justizministers der Versicherung nach dem ReichsKnappschaftsgesetz. Ihre Weiterversicherung erfolgt nicht bei der Landesversicherungsanstalt, sondern bei der Reichs-, oder der zuständigen Bezirksknappschaft. Für die Erhaltung der Anwartschaft aus der Invalidenversicherung ist die allgemeine Verfügung vom 9. Oktober 1923 maßgebend.

Zur Erhaltung der Anwartschaft auf die Rentenversicherung ist beim Ausscheiden aus ihr die Zahlung einer Anerkennung notwendig. Die freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft ist zulässig. Die Zahlung hierfür, auch aus der Arbeitsbelohnung, darf nur mit Zustimmung des Gefangenen erfolgen. Ueber die Bedeutung der Aufrechterhaltung und Fortsetzung der Rentenversicherung sollen die in Betracht kommenden Gefangenen unterrichtet werden.

Die Beamtenauswahl bei der Deutschen Reichspost.

Bei der diesjährigen Beamtenauswahl innerhalb des deutschen Reichspostgebietes, die am 14. und 15. November stattfindet, rufen um die Stimme des Beamten zwei Richtungen. Die eine Seite, die „parteilich neutralen Verbände“, die sich zu einer „Einheitsfront“ der Besoldungsgruppen 2 bis 13 zusammengelassen haben und auf der anderen Seite die freigewerkschaftliche Liste der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft — Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsband — mit dem Kennwort: „Freies Berufsbeamtentum“.

Die „parteilich neutralen“ (d. h. gegenüber den rechtsstehenden Parteien) haben hier eine ideale Kampfgenossenschaft gebildet, es marschieren die Postboten, Postkassierer usw. Hand in Hand mit dem Postdirektor, dem Ministerialrat usw. gegen den fortschrittlichen Geist, gegen die freie Beamtenbewegung.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten e. V., dem die Mehrzahl der unteren Beamten angehört, legt immer mehr in reaktionären Fahrwasser. Er glaubt wahrscheinlich durch das Zusammengehen mit den Herrn Vorgesetzten, die Interessenunterschiede zu verwischen, glaubt, auf diese Weise eine andere Behandlung der unteren Beamten durch die Dienstvorgesetzten zu erreichen. Die untere Beamtenschaft darf sich hier nicht täuschen lassen, denn die höheren Beamten werden nach wie vor ihren Herrenstandpunkt behaupten, sie als Untergebene behandeln, trotz der so schön geformten „Einheitsfront“. Gerade die untere Beamtenschaft soll es nicht vergessen, daß, wenn die Beamten überhaupt noch eine Personalvertretung haben, sie dieses Recht in allererster Linie den freien Gewerkschaften vorbehalten, denn sie wären es, die nach dieser Richtung hin die Vorbereitung leisteten. Und wenn die Rechte der Personalvertretung heute nicht größer sind, so trifft die Schuld dafür jene mittleren und höheren Beamtensichten, die im Deutschen Beamtensbund den Ton angeben und die in den Beamtenschaftlichen Einheitsfronten ihrer Herrschgelleute erblicken. Es kann auch nicht der geringste sein, daß jederzeit der Reichsverband den Weisungen der Postverwaltung folgend willens war, die Rechte der Personalvertretung, die in dem Erlass des R.V.M. vom Dezember 1918 zurzeit, zu beschneiden. Erst das Eingreifen der freigewerkschaftlich eingestellten Beamten hatte zur Folge, daß wenigstens diese Rechte erhalten blieben. Von einem Beamtenträteege wird nicht mehr gesprochen; das Bestreben des Deutschen Beamtensbundes geht dahin, in dem kommenden „Personalvertretungsgesetz“ vor allen Dingen die Rechte der sogenannten Vorgesetzten nicht beschneiden zu lassen.

Der Deutsche Beamtensbund und mit ihm der Reichsverband lehnen es grundsätzlich ab, gemeinsam mit den übrigen Arbeitnehmern an der Lösung der Wirtschaftsfragen mitzuarbeiten. Er erblickt das Heil der Beamten in der von ihm aus dem Obrigkeitsstaate übernommenen Kurstandespolitik, die abhebt der auf Lösung hartenden Wirtschaftsfragen liegt. Sie überleben, ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt, daß auch der Beamte in seiner Lebensstellung von der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Volksstaates abhängig ist. Diese wird aber niemals von den jetzigen Beherrschern der Wirtschaft und seinem Anhang im Interesse der Arbeitnehmer, also auch der Beamten der unteren Besoldungsgruppen, gestaltet werden. Jeder Fortschritt auf diesem Gebiete muß erkämpft werden.

Aus diesen Erwägungen heraus und im Hinblick darauf, daß sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die freien Gewerkschaften stets die Interessen der Beamtenschaft wahrgenommen haben, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, die freigewerkschaftliche Liste der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft zu unterstützen und am Tage der Wahl für die Liste „Freies Berufsbeamtentum“ zu stimmen.

Ueberstunden ohne Bezahlung.

Die große Arbeitslosigkeit ist ein Anreiz für viele Unternehmer, die Notlage der Arbeiterklasse auszunutzen. Daß dabei die Fleißermeister nicht fehlen, ist nicht verwunderlich, denn Profithäberei ist ihr Element. Ein Beispiel von vielen: In der Wurfabrik T. & H. in Coblenz, Gebietsstr. 31, werden die dort Beschäftigten dauernd weit über die zulässige Zeit beschäftigt. Letzte Woche unterbreitet der Inhaber den Beschäftigten Rede zur Unterschrift, daß sie nun, alle Ueberstunden unentgeltlich zu leisten haben. Die Unterschrift wurde damit erzwungen, daß ihnen Entlohnung im Weigerungsfall angedroht wurde. Eine glatte Erpressung, die kurz vor Weihnachten natürlich erfolgreich schien. Daß die Unterschriften ungültig sind, werden wir gelegentlich dem Strategen vom Hachtlog beweisen. Anzeige wegen Arbeitszeitübertretung ist erstattet. Hoffentlich ist er nicht auch einer von den „notleidenden“ Fleißermeistern, die mehrere Luxusautos besitzen und vor Gericht den armen Mann mimen.

Die Ueberarbeit in vielen Fleißerbetrieben bedarf dringend der Wählf. Von den circa 300 arbeitlosen Fleißerbetrieben können gegen zwei Drittel Arbeit erhalten, wenn die Arbeitszeit eingehalten würde. Es liegt nicht nur im Interesse der Arbeitslosen, sondern auch im Interesse der wertvollen Bevölkerung, daß hier Ordnung geschaffen wird und daß die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung aufbringen. Die Forderung der Arbeitslosigkeit hält viele Gefallen ab, uns Mitleidung über ihre tatsächliche Arbeitszeit zu machen. Wir brauchen die Mithilfe der Bevölkerung und erufen hiermit, uns wirksam im Kampfe gegen das Ausbeutertum zu unterstützen. Die Hausbewohner aus Häusern, wo Fleißerbetriebe sind, können uns diesbezügliche Angaben machen und uns so wirksame Vorarbeit leisten. Alle Fleißerbetriebe, wo Gefelle und Lehrlinge länger als 9 Stunden täglich arbeiten, melde man dem Zentralverband der Fleißer, Brestau, Margaretenstraße 17.

Amliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 10. November.

1 Pfund Sterling	20,395	100 fr. Francs	15,62
1 Dollar	4,307	100 fl. Kronen	12,43
100 belg. Gulden	100,00	100 belg. Kronen	11,25
100 Belg. = 500 Franken	58,58	100 belg. Kronen	11,25
100 norm. Kronen	105,28	100 000 ung. Kronen	5,20
100 Dänisch. Gulden	81,40	100 belg. Kronen	11,25
100 Lit.	12,47	100 belg. Kronen	11,25
100 belg. Kronen	112,00	100 belg. Kronen	11,25

Wirtschaft.

Weltwarenmärkte.

Regierungen begünstigen Spekulationen.

Die amerikanische Regierung hat sich in den letzten Jahren, besonders durch Herbert Hoover, gegen die staatlich begünstigten Monopole anderer Länder gewandt und auf ihre nachteilige Wirkung für die amerikanische Volkswirtschaft hingewiesen. Es sei hier nur an den amerikanischen Einspruch gegen die deutsche Kollonelle und an die teilweise mehr als hundertfachen Ausnahmestimmungen über die Einfuhr von Gummi zu erinnern. Angesichts der Stellung der amerikanischen Regierung gegenüber einer Monopolwirtschaft ist es zum mindesten sehr vernünftig, zu sehen, daß Amerika selbst in den letzten vierzehn Tagen, und zwar gleich an zwei Stellen, genau das tut, woraus es anderen Staaten so schwere Vorwürfe macht. Das internationale Kupferkartell über das in früheren Berichten gelegentlich gesprochen worden ist, konnte monatelang nicht in Kraft gesetzt werden, weil die Entscheidung des zwischenstaatlichen Handelsausschusses in der Union abgewartet werden mußte. Diese ist vor wenigen Wochen ergangen — und der Erfolg ist, daß auf den außeramerikanischen Märkten ein Preis von 14,40 Cents je englisches Pfund aufrecht erhalten wird, während in der Union selbst die Preise durch den dort frei geduldeten Wettbewerb bereits wieder unter 14 Cents gedrückt sind.

Der Preisunterschied beträgt also rund 3 Prozent. Er mag gering erscheinen, macht aber bei scharfer Berechnung der Breiße (Kalkulation) und besonders im Wettbewerb der erzeugten Waren auf dem Weltmarkt schon etwas aus. Hier hat die amerikanische Regierung aber, wenn man so will, höchstens durch Unterlassung gehandelt; sie legt ihren eigenen Kaufleuten und Industriellen für das Ausland nicht die gleichen Bindungen auf wie für das Inland. Aber im zweiten Falle, bei der Baumwolle, greift sie mindestens halbaktive ein. Der Fall der Baumwollpreise, der allerdings in den europäischen Garn- und Gewebepreisen auch weiter nur unvollkommen zum Ausdruck kommt, hat sich weiter fortgesetzt. Dazu kommt eine ständige Erhöhung der Baumwollentwertung. Dadurch hat sich die amerikanische Regierung veranlaßt gesehen, einen Ausschuss einzusetzen, der die Sachlage prüfen soll. Seine Empfehlungen gehen nun dahin, vier bis fünf Millionen Ballen Baumwolle mit Patenten zu importieren und erst bei „angemessenen“ Preisen wieder auf den Markt zu bringen. Ob der Plan sich durchführen läßt — es gibt Feinde von Rang, die das bezweifeln, unter anderem, weil große Teile der amerikanischen Baumwollenernte zu schlecht gepickt und gelagert seien, um nicht ziemlich reich an Wert zu verlieren — ist in diesem Zusammenhange gleichgültig. Bezeichnend ist aber, daß er überhaupt erwäht werden kann, denn bei der ganzen Stellung der amerikanischen Bankwelt und der Regierung zueinander wäre das unmöglich, wenn nicht mindestens auf entgegenkommende Zurückhaltung der Regierung zu rechnen wäre. Man sieht also, daß das alte Sprüchlein „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes“, auch im großen und auch heute noch gilt.

Gegenüber dem Kupfermarkt trat in letzter Zeit die übrigen Metallmärkte weniger in den Vordergrund. Die Preisentwicklung der Zinnpreise hat sich zunächst weiter fortgesetzt, ist aber von einem ziemlich scharfen Rückgang abgelöst worden, als die erwähnten Vorgänge am Kupfermarkt auch die Standardkupfermärkte stärker verunsicherten. Ebenso sind in dieser Zeit Zink und Blei schwächer geworden, wobei insbesondere Blei scharfen Angriffen des Börsenspiels ausgesetzt war. Die Steigerung der Quecksilberpreise, die sich in letzter Zeit weiter fortgesetzt hat, verdient hier kaum Erwähnung, wenn sie nicht eine Folge davon wäre, daß die beiden größten Produzentinnen, die — Regierungen von Italien und Spanien, sich anscheinend hinter den Russen verständigt hätten und einander in die Hände arbeiteten.

Die Lage der Getreidemärkte ist unsicherer als jemals zuvor im laufenden Erntejahr, denn die Frachtraumknappheit, vor allem aber die Höhe der Frachten infolge des englischen Ausstandes, beherrschen die Lage vollständig und verleihen nahe Ware ungewöhnlich stark. Auf der anderen Seite ist es verständlich, daß die europäischen Käufer damit rechnen, nach dem Ende des Ausstandes, daß ihrer Ansicht nach nicht mehr lange auf sich warten lassen kann, billigere Frachten und damit billigere Preise zu sehen. Das Geschäft für später ist also ganz ungewöhnlich klein und die Lage wird dadurch noch weiter verwickelt, daß in wenigen Monaten Argentinien und Australien mit ihren Ernten auf den Markt kommen und den jetzt diesen beherrschenden nordamerikanischen Ernten Wettbewerb machen werden.

Die Getreidepreise in Deutschland sind hoch geblieben, vor allem, weil bisher von der Landwirtschaft noch sehr wenig abgeliefert worden ist. Ob sich das in den nächsten Wochen ändert, steht dahin; die Beendigung der Feldarbeiten und die Tatsache, daß im November die Düngemittel-Wechsel zum Teil fällig werden, spricht eigentlich für größere Lieferungen.

Reichsbank und Verkehrsbank.

Schacht will sie zusammenlegen.

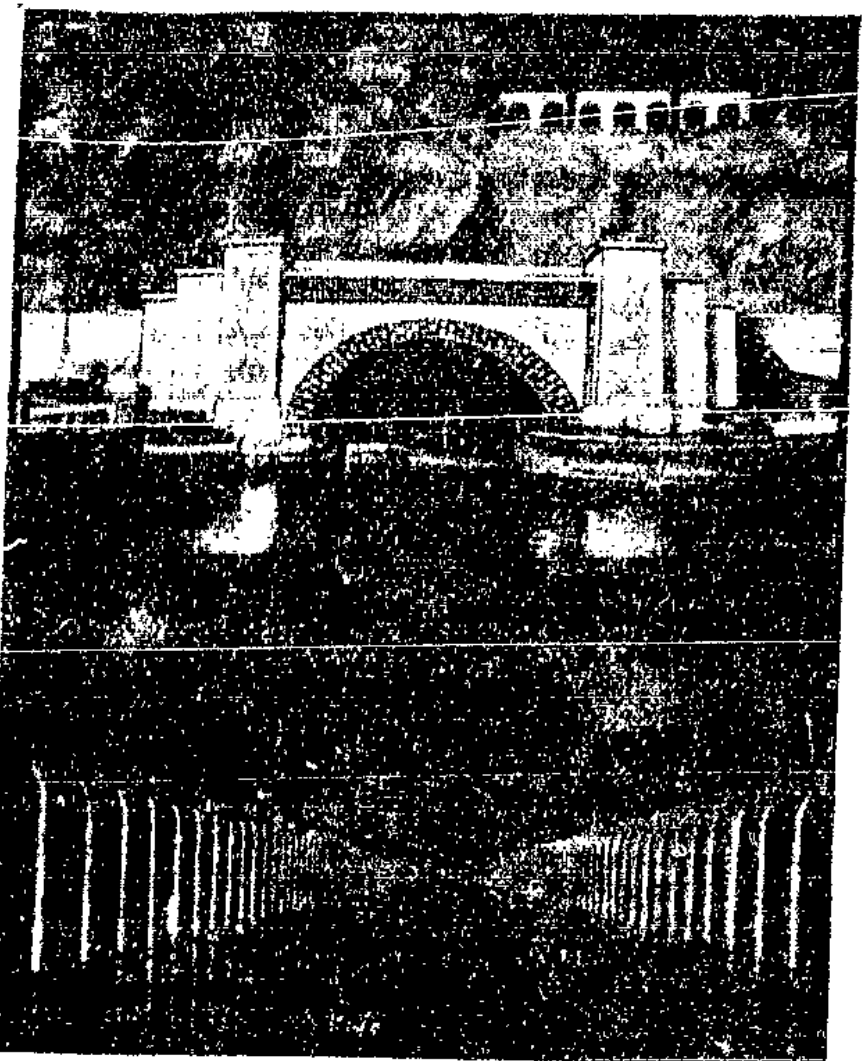
Am Mittwoch kam es im Enqueteausschuss (Geld- und Kredit-ausschuss) zu der lange erwarteten Auseinandersetzung zwischen der Reichsbank und der Verkehrsbank. Die Reichsbank war durch Dr. Schacht, die Verkehrsbank durch Generaldirektor Schlegler und die Reichsbahn durch Direktor Jahn vertreten. Die Vertreter der Reichsbahn suchten die Notwendigkeit des eigenen Geldinstituts durch besondere Aufgaben, zum Beispiel Frachtforderungen, zu begründen. Außerdem wiesen sie darauf hin, daß der Zinssatz der Reichsbankgelder bei der Verkehrsbank höher sei als bei der Reichsbank. Die Reichsbank sei aber auf diese Zinssätze angewiesen. Fielen sie weg, dann müßte sich das in einer ungünstigen Tarifpolitik der Bahn auswirken.

Demgegenüber betonte der Reichsbankpräsident, daß sich die Zinseinnahmen der Reichsbank um nur 4 Millionen Mark niedriger stellen würden, wenn die Verwaltung durch die Reichsbank erfolge. Dieser äußerst geringe Ausfall würde sich aber durch die Verringerung der Kassenbestände ausgleichen, da gegenwärtig durch die Reichsbahn sehr große Geldsummen fließen gehalten werden müssen, weil die ganze Verwaltung dezentralisiert ist. Im übrigen betonte Dr. Schacht, daß heute viel mehr öffentliche Gelder als vor dem Kriege herumgeschwommen, ohne daß sie für die Wirtschaft fruchtbar zu machen sind. Der Betriebsfonds des Reiches habe 1913 nur 126 Millionen Mark betragen. Die Post verfügte damals nur über 5 1/2 Millionen Mark und einzelne kleine Spezialfonds nur über 1 Million Mark. Demgegenüber sei heute der Betriebsfonds des Reiches, der Post, der Reichsbahn und des preussischen Finanzministeriums auf 2500 Millionen Mark angewachsen. Von dieser Summe sind nur 400 Millionen Mark bei der Reichsbank angelegt.

Der Arbeitsmarkt Schlesiens.

Reichtes Angebot der Erwerbstätigen.

In der Berichtswache vom 28. Oktober bis 3. November ergab die Zahl der Arbeitssuchenden und auch die der Erwerbslosunterstützungsempfänger leicht an. Es wurden 81 882 Arbeitssuchende (in der Woche 80 531) und 48 744 Erwerbslosunterstützungsempfänger (in der Woche 47 453) gezählt. In der Stadt Breslau fand sowohl die Zahl der Arbeitssuchenden als auch die der Erwerbslosunterstützungsempfänger um ein geringes. Es wurden 43 952 (in der Woche 43 550) Arbeitssuchende und 22 676 (in der Woche 22 766) Erwerbslosunterstützungsempfänger gezählt. In der Landwirtschaft ging die Nachfrage sehr nach gelagerten jüngeren männlichen und weiblichen Kräften zurück. Auch die Nachfrage nach Dienstfamilien war nur gering. In Schlesien wurde ein Heberangeseht.



Die größte unterirdische Wasserstraße

der Welt ist der Kanal von Rove bei Marseille. Der kürzlich eröffnete Kanal verbindet die Rhone mit dem Hafen von Marseille, er hat eine Länge von 7 Kilometern, ist 15 Meter hoch und 22 Meter breit. Der Wassertiefgang beträgt 4 Meter. Unser oberes Bild zeigt die Einfahrt zu der unterirdischen Wasserstraße bei Chateau, das untere Bild einen Blick in den unterirdischen Schiffahrtsweg, der sehr stark benutzt wird.

Im Waldenburger Steinkohlenbergbau wurden weitere Vermittlungen von Arbeitskräften beobachtet.

In der Industrie der Steine und Erden fanden bei einer Reihe von Ziegeleien Entlassungen statt. Ebenso wurden bei einem Kalkwerk im Schönauer Bezirk Entlassungen in Aussicht gestellt. Eine Porzellanfabrik im Waldenburger Bezirk nahm eine Anzahl Brennhausarbeiterinnen wieder auf. In der Metallindustrie ist die Arbeitsmarktlage weiter ständig ungünstig. In Breslau stieg die Zahl der Facharbeiter und auch in Görtlich fanden Entlassungen bei der Maschinen-, Auto- und Fahrradindustrie statt.

Im Spinnstoffgewerbe hält die Besserung der Arbeitsmarktlage an. So wurden im Waldenburger Bezirk geübte Weber und Weberinnen verlangt. Aus Lauban liegt Nachfrage nach perfekten Hohlraumnerinnen vor. In Bunzlau fanden eine Anzahl Vermittlungen zu einer Spinnerei statt. Die Strumpffabriken im Sprottau-Bezirk arbeiten voll. Auch Görtlich konnten einzelne gelernte weibliche Kräfte vermittelt werden.

In der papierverarbeitenden Industrie forderte die Görtlicher Kartonnagenfabrikation weibliche Arbeitskräfte an. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe zeigte sich eine Steinkohlennachfrage im Wohlauer Bezirk aufnahmefähig.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe entließ eine Zuckerraffinerie im Neumarcker Bezirk wegen teilweiser Stilllegung des Betriebes eine Anzahl Arbeitskräfte. In die Sprottau-Tabakindustrie wurden einige männliche und weibliche Arbeitskräfte vermittelt.

Im Bekleidungs- und Textilgewerbe haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten weiter günstig gestaltet. Namentlich die Konfektion und Maßschneiderei nahm gelernte Kräfte auf. Auch die Landeshuter Wäscheindustrie hatte, wenn auch in geringem Umfang, Bedarf an Fachkräften.

An Friseurinnen und Friseurinnen besteht weiterhin Mangel.

Im Baugewerbe fanden neben Entlassungen auch weiterhin noch Einstellungen von Fachkräften statt, es überwiegen jedoch die Entlassungen. Auch das Tiefbaugewerbe zeigte sich verhältnismäßig, vornehmlich im Waldenburger Bezirk, aufnahmefähig.

Im Verkehrsgewerbe wurden eine Anzahl Entlassungen von Streckenarbeitern bei der Reichsbahn beobachtet. Infolge Hochwasser mußte die Oberstrombauverwaltung eine Anzahl Baustellen schließen und alle hier beschäftigten Kräfte zur Entlassung bringen. (Neusalz 408, Roshau 250). Auch aus Liegnitz werden Entlassungen bei den dortigen Kahnbahnregulierungsarbeiten infolge des Hochwassers gemeldet. Für ungelernete Arbeiter gingen die Beschäftigungsmöglichkeiten weiter zurück.

Für Hausangestellte ist die Lage unverändert.

Die Auswanderung aus Polen.

Im Verlauf des ersten Halbjahres 1926 sind aus Polen insgesamt 110 378 Personen ausgewandert, während nur 8 291 Personen aus dem Ausland nach Polen eingewandert sind. Von den Auswanderern haben sich 83 341 in verschiedene europäische Länder begeben, davon 40 937 nach Deutschland. Nach außer-europäischen Staaten sind 27 037 Personen ausgewandert, davon 5 207 nach Palästina.

Warenhandel und Gebrauchsgüter.

Die Triebkraft allen kapitalistischen Erwerbswesens hat zu einer früher ungeahnten Warenzerpflünderung geführt. Tausende und Abertausende von allen möglichen und unmöglichen Dingen werden produziert und vertrieben nicht darum, weil für sie ein Bedarf vorhanden wäre, nicht darum, weil die allzu zahlreichen „Waren“ ein und derselben Gebrauchsgüter ein Erfordernis wären, sondern weil die Hersteller und die Händler mit den überflüssigen oder gar wertlosen Sachen verdienen, nur verdienen wollen, ganz gleich, ob das den Abnehmern und Käufern entlohnte Geld zweckmäßig verwandt wird oder nicht!

Die Benachteiligung der Verbraucher durch Abgabe von schlechter Qualität guter Ware, die Unzweckmäßigkeit so mancher Handelsware und ihre Mangelhaftigkeit bedeutet letzten Endes unrationelle, teure Volkswirtschaft und unrationelle teure Hauswirtschaft. Darum geht das Bestreben aller der Leute, die den Verbrauchern zwar zur besseren Warenversorgung verhelfen, die aber auch dem privatkapitalistischen Geschäft nichts anhaben möchten, dahin, nur Waren einzuführen, die von irgendwelchen Prüffellen mit entsprechenden Prüfeinrichtungen begutachtet und — gegenseitig werden sollen. Auf solche Weise können sich, so meint man bei den guten Leuten mit den Stempelabsichten, die Verbraucher gegen schlechte Waren schützen und eine Bürgschaft für die Güte der Waren verschaffen.

Die Genossenschaftler wissen längst ein viel einfacheres und probates Verfahren ein Schutz gegen schlechte, unweckmäßige und überflüssige Waren, ein Verfahren, das kein Zusammenhang mit der Einführung neuer, weiterer Stempelabsichten oder Stempelabschlüsse oder sonst was hat, sondern ein Zusammenhängen ist mit der eigenen und damit natürlich zur besten Güterversorgung, nämlich der Zusammenhalt im Konsumverein.

Es ist der Sinn konsumgenossenschaftlicher Gebrauchsgüterversorgung, konsumgenossenschaftlicher Organisation, mit guten, zweckmäßigen Dingen rationelle, vorteilhafte Gemein-

schaftswirtschaft und Hauswirtschaft im einzelnen zu führen zu können.

Der Stempel als Bürgschaft für gute Verbrauchsgüter, einmal in dem Begriff Konsumgenossenschaft vorhanden, anderen kennen die Genossenschaftler ein Zeichen, das sie, wenn wollen, als einen Stempel der Güte und rationalen Zuverlässigkeit ansehen können, als einen Stempel des tatsächlichen handwerklichen planmäßiger, vorteilhafter Bedarfsversorgung. Besten jedes einzelnen zum Besten der genossenschaftlichen Gemeinschaft, das ist das Zeichen GEG. Wer seine Bedarfsgüter Gemeinschaft mit Gleichem will selbst herstellen oder beschaffen, der ist sich in Anwendung seiner genossenschaftlichen Kraft und bei Betätigung genossenschaftlicher Pflicht auch seines Brauchsgüterbewusst, der braucht nicht die Neuerungen Warenprüferinnen und gestempelten Waren.

In der Konsumgenossenschaft trägt jedes Ding den Stempel gemeinschaftlicher Selbsthilfe, den Stempel der Sicherung gegen die Unvorsichtigkeit und Unzweckmäßigkeiten des kapitalistischen Warenhandels.

Ergebnisse der Gummifabrikanten. Infolge der Hilfe der englischen Regierung durchgeführte Einschränkung der Gummiproduktion (Restriktion) konnten die Gummifabrikanten ungeheure Gewinne einstreichen. Soeben veröffentlicht nun die Delata-Gummifabrik, die sich hauptsächlich mit der Produktion von Kaffee und Kautschuk (Gummi) beschäftigt, ihren Geschäftsbericht, der die Gewinne aus der Gummirestriktion zum Ausdruck bringt. Die Gesellschaft wies im Jahre 1925 nur einen Gewinn von 21 000 Gulden auf. Er steigerte sich bereits im Jahre 1923 auf 513 000 Gulden. Im Jahre 1924 wies er mit 603 000 Gulden an, um im Jahre 1925 auf 1,6 Millionen Gulden zu steigen. Dabei hat die Gesellschaft für die Verbesserung des Betriebes aus dem Gewinn rund 325 000 Gulden abgeschrieben. Das geradezu glänzende Ergebnis läßt sich verstehen, wenn man erfährt, daß 1924 bis 1925 der Gewinn in einem halben Kilogramm Gummi nur 25 Cents betrug, während er im Geschäftsjahr 1925/26 auf 95 Cents stieg.

Die Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf erzielten das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 27 Millionen Mark. Die Aufkosten werden mit 6,6 Millionen die Zinsen mit 2,8, die Steuern einschließlich Warenumschlag mit 4,4 und die Abschreibungen mit 6,8 Millionen Mark an gegeben. Zugleich des aus dem Vorjahr verbliebenen Reingewinns stehen für die Dividendenausschüttung 8,8 Millionen Mark zur Verfügung. Die Dividende beträgt 5 bzw. 6 Prozent über den laufenden Geschäftsgang wird berichtet, daß der Aufzugesang in Röhren und Blechen zurzeit befriedigend ist.

Stadt-Theater.

„Der Troubadour.“

In kleineren Rollen ist uns oft die besondere Stimmung begabung und Bühneneignung Niels Källes aufgefallen, was uns zu dem Wunsche veranlaßte, den jungen Künstler einmal in einer führenden Partie zu hören. Nach seinem Grafen Dunmachten wir jedoch in seinem Interesse eine oftmalsige Verwendung im ersten Fach nicht empfehlen, bis auf dem Wege zu soliden technischen Grundlage ein weiteres gutes Stück zurückgelegt ist. Wir wählten Källes Hauptrolle (im Kloster) best, den Erzählweise mit milderer Zerstreuung verfahren sich als ausreichend musikalisch erwies. Gelegentliche Schwankungen der Tonhöhe rührten von der noch mangelhaften Ausbildung des Gesanges her. Namentlich legte die große Unfertigkeit bloß, „all das Schöne, all das Streben“ Källes vor allem auf dieses Gebiet gerichtet. W. S.—ber.

Amlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 2. November.
Der Auftrieb betrug 986 Rinder, 1078 Kälber, 245 Schafe, 2545 Schweine. Uebertrieb vom vorigen Markt waren: 13 Rinder, — Kälber, 37 Schafe, 28 Schweine.

I. Rinder.		999 Stück	Es wurde gezahlt für 56 Kilogramm Lebendgewicht
a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts	107	—	—
b) sonst vollfleischige	1. jüngere	52-57	—
	2. ältere	43-47	—
c) fleischige	—	32-36	—
d) gering genährte	—	20-26	—
B. Kälber:		230 Stück	—
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	—	63-69	—
b) sonstige vollfleischige ober ausgewässerte	—	45-49	—
c) fleischige	—	41-44	—
d) gering genährte	—	—	—
C. Schafe:		460 Stück	—
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	—	50-53	—
b) sonstige vollfleischige ober ausgewässerte	—	38-42	—
c) fleischige	—	25-30	—
d) gering genährte	—	20-24	—
D. Ferkel (Kälber):		166 Stück	—
a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts	—	54-58	—
b) vollfleischige	—	43-48	—
c) fleischige	—	35-40	—
d) gering genährte Jungvieh	—	40-46	—
E. Kälber:		1078 Stück	—
a) Doppeltel beider Weib	—	70-78	—
b) Weib Weib und Saugfäher	—	60-66	—
c) Weibliche Weib und Saugfäher	—	60-66	—
d) geringere Kälber	—	50-58	—
III. Schafe.		245 Stück	—
a) Kälbermutter und jüngere Kälbermutter: 1. Weibweib	—	—	—
b) Weibliche Kälbermutter, ältere Kälbermutter und gut genährte Schafe	—	61-66	—
c) fleischige Schafe	—	40-46	—
d) geringgenährte Schafe	—	30-35	—
IV. Schweine.		2545 Stück	—
a) Fettfleischige über 150 Pfd. (3 Hemmer) Lebendgewicht	—	81-82	—
b) vollfleischige Schweine von ca. 240-300 Pfd. Lebendgewicht	—	80-82	—
c) —	—	74-80	—
d) fleischige	—	74-78	—
e) —	—	120-126	—
f) —	—	unter 120 Pfund Lebendgewicht	70-72
g) —	—	—	66-73

Breslauer Produktentörse.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktentörse am 10. November gezählten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (mit Ausnahme der Erzeugnisse) ab sofortiger Verladung in wässrigen Waggons (mit Ausnahme von Getreide, das in Frachtwagen transportiert werden). Tendenz: Getreide: ruhiger. — Mehl: ruhiger. — Weizen: Bis auf Mohn ruhig. — Weizen: Bis auf Mohn ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)	
10.	9.	10.	9.
Getreide:		Getreide:	
Weizen 75 kg	28,40	28,40	—
Weizen 71 kg	27,40	27,40	—
Roggen 71 kg	24,80	24,80	—
Roggen 68 kg	23,50	23,50	—
Gerste	17,70	17,70	—
Hafer	24,50	24,50	—
Wicken	20,90	20,90	—
Bohnen	18,50	18,50	—
Feine Ware über Notiz.			
Amliche Notierung für Mähdreschmaschinen (je 100 kg)			
10.	9.	10.	9.
Weizen (70%)	42,50	42,50	—
Roggen (70%)	35,75	35,75	—
Feine Ware über Notiz.			

Seht Eure Anzeigen der Postzeitung.